

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Offizielles und obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen.

Offizielles Publikationsorgan für die Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinbauer, Gipsler (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit.“

Gerausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stänigl in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. — Anzeigen die dreispaltige Beitzelle oder deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2700.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Bollwerkinsiederlage, Wilhelmstraße 13, erste Etage.

Inhalt: Die ungelerten Arbeiter. Das Todesurtheil über die freien Gaststätten. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Der Gewerkschaftskongress. — Situationsberichte. — Elugesandt. — Gerichts-Chronik. — Alterarliches Briefkasten.

Die ungelerten Arbeiter.

Ueber dieses Thema bringt die Böhmert'sche „Sozial-Korrespondenz“ einen Artikel, in welchem dargelegt werden soll, daß die seit einiger Zeit herrschenden ungünstigen Verhältnisse sich ganz besonders den ungelerten Arbeitern schwer fühlbar machen. „Diese sind,“ so wird behauptet, „unter den gegenwärtigen Verhältnissen am zahlreichsten vertreten, und das ist erklärlich. Bei jeder rückgängigen Konjunktur sind die ungelerten Arbeiter die ersten, denen Entlassung und Lohnverlängerung droht. Ihre Klagen lassen sich in schlechter Zeit hundertfach und selbst bei gutem Geschäftsgange meistens leicht wieder ausfüllen. Wie willenslos Tropfen werden sie von dem Wellenschlage der guten oder der schlechten industriellen Konjunktur herauf und hinab geschleudert.

Der gelernte Arbeiter, sieht sich in einer weit günstigeren Lage. Zwar hängt auch er in seiner gesamten Lebenshaltung häufig von den, heute selbst im engen Kreise des wirtschaftlichen Kleinbetriebes fühlbaren Verhältnissen des Weltmarktes ab. Aber er sitzt doch fester im Sattel als sein ungelerner Nebenmann. Seine Bezahlung ist bekanntlich und gerechterweise, selbst in schlechter Zeit, nicht nur meistens eine bessere, sondern sie schwankt auch weniger leicht nach unten. Vor Allem aber ist seine ganze Stellung innerhalb des geschäftlichen Lebens eine gefestigtere und mehr geachtete als die des ungelerten Arbeiters. Jedes industrielle Unternehmen, und selbst jeder mit Hilfskräften arbeitende handwerksmäßige Betrieb, hat ein sehr hervorragendes Interesse daran, auch in schlechter Zeit eine bestimmte Zahl eingerichteter Leute fest zu halten. Beruht doch oft auf der Tüchtigkeit, auf der innigen Verwachsung der gelernten Arbeiter mit der Eigenart eines Unternehmens dessen Gelingen.

Dem ungelerten Arbeiter kommen derartige Vortheile nur in Ausnahmefällen zu Gute. Wie schon gesagt, ist er fast immer ein willensloser Spielball der Konjunktur. Und doch ist auch er vielleicht nicht weniger treu und ehrlich, als der „Gelernte“, auch er besitzt Geschick und Anständigkeit. Oft kann man gerade bei dem ungelerten Arbeiter eine beachtenswerthe Vielseitigkeit in allerlei nützlichen Dingen bemerken. Häufig sind es auch nur „brotlose Künste“. Das Verhängniß des ungelerten Arbeiters ist es, daß seine Fähigkeiten nach keiner Richtung ordentlich ausgebildet sind und in seinem Beschäftigungskreise seit Jahren ein Wettbewerb wie in keiner anderen Erwerbsart sich bemerkbar macht.

Es verlohnt sich wohl der Mühe, auf diese Ansichten etwas näher einzugehen. Wir bestreiten, daß dieselben zutreffend sind. Nur die Bemerkung können wir als richtig gelten lassen,

daß der „ungelernte“ Arbeiter — sagen wir in der Regel — nicht weniger geschickt, anständig, fleißig, ehrlich ist, als der „gelernte“.

Werfen wir zunächst die Frage auf: Kann man denn wirklich in dem ganz allgemeinen Sinne zwischen „gelerten“ und „ungelerten“ Arbeitern unterscheiden, wie die „Sozial-Korrespondenz“ das thut? Nach unserer Ueberzeugung nicht. Die Zahl derjenigen Arbeiter, welche keinerlei handwerkliche oder sonst eine bestimmte berufliche Thätigkeit erlernt haben, also als Handlanger bzw. Gelegenheitsarbeiter schlechthin gelten können, dürfte verhältnismäßig sehr gering sein. Die große Mehrheit kann sich darauf berufen, irgend eine Handierung leichter oder schwieriger Art erlernt, für die Ausübung bestimmter beruflicher Funktionen sich vorbereitet zu haben, in der Voraussetzung, diesen ermittelten Beruf auch wirklich erfüllen und dabei die Existenz finden zu können.

Aber eben diese Voraussetzung erfüllt sich für ungezählte „gelernte“ Arbeiter nicht. Wo ist seit Jahrzehnten noch irgend ein Beruf, in welchem nicht ein beständig steigendes Ueberangebot von Arbeitskraft sich geltend macht? Alle handwerklichen Berufe haben unter diesem Uebelstande zu leiden. Nicht minder die Berufsgruppen in der Großindustrie, die doch auch „gelernte“ Arbeiter, d. h. solcher, die sich ein bestimmtes Maß von Kenntnissen, Geschicklichkeit, Kunstfertigkeit erworben haben, bedürfen. Der sogenannte „Fabrikarbeiter“, wie der sogenannte „Handlanger“, auf welche albernere „Handwerkerstolz“ oft genug leider noch hochmüthig herab sieht, sie sind ihrer überwältigenden Mehrheit nach zu den „gelerten“ Arbeitern zu rechnen. Oder will man etwa sagen, daß der Transport der Materialien am Bau nicht gelernt sein muß, daß jeder beliebige Mensch diese Arbeit so ohne Weiteres machen kann? Sie sieht sich wohl „einfach“ an und doch gehört dazu, um sie in verlangter, bezw. durch den ganzen Betrieb bedingten Weise ausführen zu können, ein hohes Maß nicht nur roher körperlicher Kraft, sondern geschulter Kraft, erworbener Sicherheit und Geschicklichkeit.

Doch abgesehen davon, die hauptsächlichste gegen die Ansichten der Sozial-Korrespondenz geltend zu machende Erwägung dürfte folgende sein:

Die Ueberlastung aller Berufe mit Arbeitskraft bringt es schon in Zeiten einer sogenannten „normalen“ wirtschaftlichen Lage mit sich, daß ein großer Theil der Arbeiter beständig fluktuiert, von einem Berufe zum andern sich wendet. Ungezählte Tausende gehen auf diese Weise dem erlernten Berufe verloren; sie treten in Zeiten der Arbeitslosigkeit, oder wenn ihre Voraussetzung, im erlernten Berufe lohnende Beschäftigung zu haben, sich nicht erfüllt, zu anderen Erwerbszweigen über. Gelernte Handwerker aller Art findet man unter den sogenannten „ungelerten“ Arbeitern in der Fabrikindustrie, in den Baubetrieben etc.

Ist das schon unter sogenannten „normalen“ wirtschaftlichen Verhältnissen der Fall, um wie viel mehr in Zeiten der Krise; unter dem Eindruck außerordentlich gesteigerter Arbeits-

losigkeit, wie wir sie seit einigen Jahren und besonders gegenwärtig haben!

Da ist es denn doch in der That nicht von gründlicher Einsicht in die allgemeine wirtschaftliche Lage und die Arbeiterverhältnisse zeugend, wenn man behauptet, die „ungelerten“ Arbeiter würden am schwersten von der rückgängigen Konjunktur betroffen und der „gelernte“ Arbeiter setze sich in einer weit günstigeren Lage. In Wahrheit ist die Sache doch so, daß durch die fortschreitende technische Entwicklung in erster Linie mehr und mehr „gelernte“ Arbeiter überflüssig gemacht werden. Je mehr als Konsequenz dieser Entwicklung die Theilung der Arbeit Platz greift, je weniger durch lange Lehre erworbene handwerkliche Geschicklichkeit spezifischer Art wird erfordert. Die ganze wirtschaftliche und technische Entwicklung hat ja bekanntlich in erster Linie die Wirkung, das Handwerk zu vernichten, das Bedürfnis der Erlernung desselben auf ein immer geringeres Maß herabzudrücken. Und aus den in immer größerer Masse „frei gesetzt“, d. h. überflüssig werdenden „gelerten“ Handwerkern setzt sich dann die Hauptmasse derjenigen zusammen, welche als sogenannte „ungelernte“ Arbeiter die Betriebe aller Art überfluthen und dort wieder ein übermäßiges Arbeitsangebot und dessen beständiges Anwachsen zu Stande bringen.

Und Diejenigen, die noch am erlernten Berufe festhalten, welche die Zeit der Arbeitslosigkeit ertragen in der Hoffnung; bald wieder Beschäftigung in diesem Berufe zu finden, sie sind wahrhaftig in einer „günstigeren“ Lage, als die sogenannten „ungelerten“ Arbeiter. Im Gegentheil, sie sind mindestens ebenso schlimm, wenn nicht schlimmer daran, wie diese; die rückgängige Konjunktur trifft sie mit ganzer Schärfe. Was hat in der gegenwärtigen Zeit der Krisis der Maurer- und Zimmerergeselle an „günstigerer“ Lage vor dem „ungelerten“ Bauarbeiter, dem sogenannten „Handlanger“ voraus? Gar nichts! Eher ließe sich sagen, daß der arbeitslose Geselle weit weniger in der Lage ist, in seinem erlernten Berufe Beschäftigung zu finden, als der „Gelegenheitsarbeiter“ die Möglichkeit hat, durch Uebernahme gleichviel welcher Arbeit etwas zu verdienen. Drängt die eiserne Noth den Gesellen, so muß er eben auch „Gelegenheitsarbeiter“ werden, muß Schnee schaufeln, Eis hauen etc. Der „gelernte“ Arbeiter sitzt um nichts „fester im Sattel“ als der sogenannte „ungelernte“. Und es ist weiter nicht wahr, daß die Bezahlung des Ersteren selbst in schlechter Zeit meistens eine bessere ist, als die des Letzteren. Die sogenannte „Wagabundenstatistik“ der Arbeiterkolonien, der Verpflegungsstationen, wie der polizeilichen Strafjustiz, beweist uns, daß man es in den „wandernden“ Arbeitern zum größten Theile mit „gelerten“ Arbeitern zu thun hat. Und in welchem Maße die „gelerten“ Arbeiter von der Arbeitslosigkeit betroffen werden, und wie grundfalsch es ist, zu behaupten, sie seien „meistens besser bezahlt“, wie die „ungelerten“, darüber geben die Arbeiterverhältniß- und Lohnstatistiken der gewerkschaftlichen Organisationen uns Aufschluß.

Es ist eine Phrase, wenn die Sozial-Korrespondenz die „ungelehrten“ Arbeiter mehr einwilliger Spielball der Konjunktur sein läßt als die „gelernten“, und wenn sie den Grund dafür in der größeren „Tüchtigkeit“ des „gelernten“ Arbeiters findet. Ohne Zweifel, die Unternehmer, sowie die Großindustriellen wie die Handwerksmeister haben ein Interesse daran, auch in schlechter Zeit eine bestimmte Zahl eingerichteter Leute „fest zu halten“. Aber es ist doch nur eine Ausnahme von der Regel, daß die Unternehmer in Rücksicht auf die spezifische Tüchtigkeit gewisser Arbeiter dieselben auch dann beschäftigen und lohnen, wenn sie jeweilig dem kapitalistischen Interesse nichts nützen können. Die Regel ist die, daß auch der qualifizierte Arbeiter dann arbeits- und verdienstlos wird und daß er „fest gehalten“ wird am Orte durch die allgemeine Arbeitslosigkeit, die ihm die Aussicht auf Erlangung anderer Beschäftigung außerhalb nimmt. Und hat er selbst einige Aussicht darauf, so wird er durch seine Nothlage festgehalten; will er nicht als „Bagaubund“ die Landstraße ziehen, so bleibt er am Orte und hungert redlich.

Besten Falls kommt die Rücksicht, welche Unternehmer in schlechten Zeiten aus eigenem Interesse auf qualifizierte Arbeiter nehmen, doch nur einem sehr geringen Bruchtheile solcher Arbeiter zu Gute.

Die wirtschaftliche Krise ist permanent geworden; Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse, auf eine steigende Konjunktur in absehbarer Zeit ist nicht vorhanden; der Ausblick in die Zukunft ist kein erfreulicher; der große wirtschaftliche „Klabberadatsch“ ist da. Ein Grund mehr für die Unternehmer, auf qualifizierte Arbeiter nicht die Rücksicht zu nehmen, von der die „Sozial-Korrespondenz“ spricht. Als Ausnahme von der Regel über einzelne Unternehmer diese Rücksicht, wenn sie begründete Hoffnung haben, unterhalb eintretender günstigerer Konjunktur sich schadlos halten zu können für die zeitweilige unrentable Beschäftigung der Arbeiter. Aber diese Hoffnung existirt gegenwärtig nicht.

Es ist also eine Konjunktur, wenn die „Sozial-Korrespondenz“ über den sogenannten „ungelehrten“ Arbeiter ein besonderes Verhängniß walten läßt. Und es mühet uns gar-seltzam an, wenn sie weiter so reibt:

In schlechten Zeiten wie heute, hört man solche Leute oft klagen: „Ja, wenn ich dieses gelernt hätte oder jenes könnte!“ Das soll heißen: dann würde es mir jetzt weniger schwer sein, mein täglich Brot zu finden. Aber obgleich der ungelernete Arbeiter bei jeder schlechten Konjunktur die traurigsten Erfahrungen von allen Arbeitern macht, so zieht man aus dieser üblen Lage in der ärmeren Bevölkerung doch keineswegs die erwünschte Nutzenanwendung. Man sollte glauben, daß eine derartigen Fährlichkeiten des Broterwerbes ausgesetzte Erwerbsart bald nur noch geringen Zulauf finden werde. Es scheint jedoch die Regulierung durch Angebot und Nachfrage hier zu versagen. Es liegt nahe, daß besonders jüngere Leute von den üblen Erfahrungen der älteren ungelerneten Arbeiter Vortheil ziehen und einen bestimmten Beruf erlernen sollten. Augenscheinlich werden indeß auch von ihnen solche Erfahrungen nur wenig beherzigt. Die Zahl der Ungelernten scheint seit einigen Jahren sich ganz erheblich mehr zu steigern, als es die wachsende Bevölkerungsziffer erklärt.

Die Antwort auf diese alberne Klage ist in unserer vorhergehenden Kritik mit enthalten. Es giebt so ungeheuer Viele, die „dieses gelernt“ haben und „jenes können“. Was nützt es ihnen? Sie haben so wenig Brot, wie die „ungelehrten“ Arbeiter.

Das Todesurtheil über die freien Hülfsklassen

Es gefällt! Die dritte Berathung der Krankenversicherungs-Novelle hat in voriger Woche den Reichstag beschäftigt. Seit November 1890, in welchem Monate die Reichsregierung ihren Entwurf zur Abänderung des nunmehr bald acht Jahre in Wirksamkeit stehenden Krankenversicherungsgesetzes einbrachte, währte der Kampf der Meinungen darüber, wie der „Ersitzung der deutschen Sozialgesetze am besten zu reformiren“ sei. Zwischen der zweiten und dritten Lesung im Reichstage machte nochmals eine sogenannte „freie Kommission“ von Parlamentariern sich

darán, eine „betrieblende“ Lösung zu finden. Ihre war das nicht gelungen. Die „freie Kommission“ vermochte sich doch über keinen Vorschlag zu einigen, welcher die gegen das freie Hülfsklassenwesen gerichtete Spitze des Regierungsentwurfs weiter-abbrach, als es die früheren Besungen in der Kommission auch gehen hatten. Und bekanntlich war das Ergebnis dieser früheren Beratungen und Beschlüsse nur ein halbes. Der Regierungsentwurf wollte den freien Klassen durch Zweierlei den Boden entziehen: Zunächst durch die bekannte Vorschrift, nach welcher auch Mitglieder freier Klassen bei den Zwangsklassen angemeldet, bei letzteren zahlende Mitglieder werden und auch bleiben sollten, wenn sie nicht innerhalb einer sehr kurzen Präklusivfrist ihre Freilassung auf Grund ihrer Mitgliedschaft bei der freien Klasse beantragen. Diese vegetarische Bestimmung wurde schon von der offiziellen Reichstagskommission ausgemergelt. Die zweite Hülfsklassen feindliche Bestimmung des Regierungsentwurfs besteht darin, daß den freien Klassen das Recht, ihre Unterführungen nur in Geld zu zahlen, genommen und ihnen dafür die Pflicht auferlegt wird, Arzt und Arznei in natura zu liefern. Hier hätte die freie Kommission, über deren Anträge der Reichstag in voriger Woche zu entscheiden hatte, dankbarere Arbeit liefern und versuchen können, die Eigenart der Geldunterführungen zu erhalten, deren Nachtheile nach kein Regierungsvertreter anders als mit willkürlichen Unterstellungen „beweisen“ konnte und die jedensfalls unter einem Regime, das nicht auf militärische Uniformirung auch im Krankentrunkwesen hinarbeitet, ebenfalls ihre Berechtigung behalten hätten, umsonst, als sich gerade die bestgestellten Arbeiter ihr mit Vorliebe zuwenden. Es blieb aber auch hier bei den Beschlüssen der früheren Besungen, nach welchen die Geldunterführung fällt und die freien Klassen die Schablone der Naturalleistung von Arzt und Arznei anzunehmen haben. Die freie Kommission hat seinen Ausweg aus diesem Mitzingang gefunden, der direkt gegen die zentralisirten Arbeiterklassen angelegt ist, weil diesen billige Vereinbarungen mit Ärzten und Apothekern wegen der Zerstreutheit der Wohnsitze ihrer Mitglieder theilweise schwer durchführbar sind.

Wie hat der Reichstag bei der dritten Lesung zu den Anträgen der freien Kommission und dem Regierungsentwurf sich gestellt? In der Sitzung am 17. d. Mts. führte die realtönigere Majorität den entscheidenden Schlag gegen die freien Hülfsklassen. Der § 76 wurde nach den Vorschlägen der Kommission mit einigen nebensächlichen redaktionellen Veränderungen angenommen. Darnach haben die freien Klassen, soweit sie Anspruch darauf erheben, gesetzliche Klassen zu sein, freien Arzt und Arznei in natura zu liefern.

Mit dieser Bestimmung ist den zentralisirten Hülfsklassen, deren Mitglieder über hunderte von Orten im ganzen Reiche zerstreut leben, eine Kontrolllast und zugleich eine Steigerung der Ausgaben aufgeladen, welche sie nicht werden zu tragen vermögen. Die kleineren und mittleren Mitgliedschaften der Zentralklassen werden alle aufgegeben werden müssen und wenn sich auch die Mitgliedschaften an großen Orten mit starker Mitgliederzahl würden halten können, so lohnt es sich doch nicht der Mühe und Kosten, wegen der Mitgliedschaften von einem Tausend Orte den ganzen Verwaltungsapparat aufrecht zu halten.

Die zentralisirten Hülfsklassen werden also über kurz oder lang, freiwillig oder durch Kassendruck gezwungen, ihre Stelle als gesetzliche Klassen räumen und dann als sogenannte Zuschußklassen weiter fortbestehen. Wir glauben, daß, nachdem die Wästel im Reichstage einmal gefallen sind, die in Frage kommenden Klassen gut daran thun, sich über die Frage ihrer Weiterexistenz möglichst bald zu entscheiden.

Den Herren Reaktionsären sowie unseren kathechrisch-sozialistischen Geheimräthen sind die freien Hülfsklassen ein Dorn im Auge, weil dieselben selbständige und freie Schöpfungen der Arbeiter sind. Es müssen, so will es die Reaktion, bürokratische Schablonen an deren Stelle treten. Uns soll das auch recht sein. Diese Arbeiterschöpfungen haben die Arbeits- und Agitationskraft von so viel hundertern von tüchtigen Genossen in Anspruch genommen und für die politische Thätigkeit lahmgelegt, daß es für die Partei nur von Nutzen sein kann, wenn diese Kräfte von jetzt ab hier wieder ganz und rückhaltlos zur Verfügung stehen. Im Uebrigen aber werden die bisherigen Mitglieder und Leiter der freien Hülfsklassen von jetzt ab in den Ortsklassen, in welche sie zwangsweise gepreßt werden, so manches bisher dort geführte Stillleben arg spüren. Ein Erfolg der Novelle, den zu bedauern wir nicht die geringste Ursache haben.

Unlere Genossen im Reichstag haben, deshalb der Entscheidung über § 76, welche übrigens längst feststand, mit großer Eelenruhe entgegenzusehen und in der Debatte durch den Abgeordneten Wolfenbühler ihren prinzipiellen Standpunkt nur kurz darzulegen lassen.

Die bornierten Gegner jeder freien Arbeiterschöpfung haben ihren Zweck erreicht, nun mögen sie sehen, wie sie mit ihrer „Ehrungenshaft“ fahren. Auf die Dauer werden die Zwangsklassen-unhaltbar sein. Zu nicht allzuferner Zeit wird man mit der Nothwendigkeit rechnen müssen, der gesamten Arbeiterversicherung in ihren Zweigen (Krankheit, Unfall etc.) eine neue Organisation zu geben. Der gegenwärtige Zustand ist unvereinbar mit dem Zwecke der Arbeiterversicherung. Wir haben schon vor drei Jahren darauf hingewiesen, daß zwischen Krankheit, Unfall, Invalidität ein unlosbarer innerer Zusammenhang besteht; ihre dauernde Trennung rächtlich der Versicherung läßt sich weder mit Subjektiven, noch mit objektiven Gründen rechtfertigen. Es bedarf nicht dreier komplizirter Gesetze, nicht dreier verschiedener Organisationen, um die Versicherung durchzuführen; im Gegentheil, die Eingliederung aller Zweige derselben in eine einheitliche Organisation wird erst die richtige Praxis verbürgen, und zwar unter Ersparniß von außerordentlich viel Kosten, Mühe und Zeit.

Die Sozialdemokratie hat stets diesen Standpunkt eingenommen; ihre Vertreter im Reichstage haben denselben dargelegt und verteidigt. So äußerte sich Vebel gelegentlich der Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung:

„Das Reich hat drei große Versicherungseinrichtungen geschaffen — Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung — die sich auf denselben Personkreis erstrecken, von denen aber jede Versicherungseinrichtung eine total andere, in jeder Beziehung verschiedene Organisation besitzt. Ein Konsums sonder Gleichen. Daraus geht eine Verknüpfung von Kraft, Zeit und Geld hervor, die mit allen Grundzügen der Organisations- und Verwaltungstechnik im stärksten Widerspruch steht. Dieser Wirrwarr und diese Grundlosigkeit in der Organisation von Einrichtungen, die im Prinzip einem und demselben Zwecke dienen, ist hervorgegangen einmal aus dem vollständigen Mangel eines einheitlichen Planes, der hätte festhalten müssen, sobald man zur Schaffung des ersten dieser Gesetze vordrängte, dann aus dem Rücksichtnehmen auf alle möglichen Sonderinteressen. Der einzig richtige Weg war, für alle drei Versicherungseinrichtungen die gleiche Organisation, und zwar auf der Basis des Reiches, zu schaffen. Diese gewährte alle diejenigen Vortheile, die nur aus der Konzentration der Kräfte und der Mittel für einen bestimmten Zweck ersprießen könne.“

Vebel erklärte auch, daß die bittere Erfahrung erzwungen werde, was die gesunde Vernunft nicht zu erreichen vermöchte.

Und so geschieht es. Aus den Kreisen unserer Gegner erheben sich immer mehr Stimmen, welche jener Ansicht beipflichten. So trat kürzlich im „Deutschen Wochenbl.“ der Syndikus der Münchener Handelskammer ganz entschieden für die Umgestaltung des sozialen Versicherungswesens auf der von uns entwickelten Grundgedanke ein; er hält diese Umgestaltung für eine nothwendige Zeit, auf die alle Kreise sich vorzubereiten haben.

Nun, dieser Nothwendigkeit würden die freien Hülfsklassen über kurz oder lang doch zum Opfer gefallen sein: Und deshalb war es eine doppelte Unflughöhe von der Reichstagsmajorität diese Klassen in sanftlich-gehässiger Weise zum Tode zu verurtheilen.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

Zu unserm heutigen Leitartikel. Die Berliner Lischlerinnung hat, wie dortige Blätter berichten, ermittelt, daß im Lischlergewerbe der Reichshauptstadt gegenwärtig die Zahl der arbeitslosen Gesellen zum mindesten 7000 beträgt und daß dabei irgend welche Aussicht auf Besserung der Verhältnisse nicht geboten ist. Mit dem letzteren Satz hat die Innung zweifelsohne ganz recht, aber die Verhältnisse würden auch nicht einen beschäftigungslosen Gesellen aufzunehmen hätte. Wie im Lischlergewerbe, so ist's in allen anderen Gewerken. Die „gelernten“ Arbeiter sind nicht minder schlimm daran, wie die „ungelehrten“. Nichts hilft es ihnen, ein Handwerk erlernt zu haben. Angestrichelt des heranwachsenden Osterfestes erlassen die Gewerke wieder ihre üblichen Wahnungen an die Eltern, ihre, die Schule verlassenden Söhne nicht das beste Gewerbe erlernen zu lassen, da dasselbe unter Ueberangebot von Arbeitskräften leide. Es finden sich aber trotzdem wisse Sozialpolitiker, welche — wie aus unserm heutigen Leitartikel zu ersehen — glauben machen wollen, der „gelernte“ Arbeiter sei gegenüber den ungelerneten in einer glücklichen Lage.

Ueber die Bauandachten in Berlin läßt sich die „Baugen.-Blg.“ dahin aus: „Das Baujahr läßt sich dieses Mal nicht gut an. Nicht bloß in Berlin, sondern eigentlich in der ganzen Welt ist die wirtschaftliche Lage schlecht. In Oesterreich, Italien, Frankreich, Rußland und anderen Ländern herrscht Arbeitsnoth und die Regierungen schicken sich an, sogenannte Nothstandsbauteile zu beginnen, um den Arbeitern Beschäftigung zu geben. Aber selbstverständlich können diese

Notthauten nicht die gesunde wirtschaftliche Arbeit, welche dem Bedürfnis entspringt, erzieht. Was die Bauhätigkeit in Deutschland angeht, so können wir kaum eine größere Stadt, wo dieselbe in diesem Jahre die normale Höhe erreichen dürfte. Das sind keine guten Aussichten. Auch in Berlin wird die Bauhätigkeit hinter dem Vorjahr, welches sich immer noch in normalen Grenzen gehalten hatte, zurückbleiben, da ein erhebliches Bedürfnis zur Herstellung von Wohnhäusern nicht vorliegt. Zwar ist nicht zu viel gebaut worden, aber wirtschaftlich ungünstige Verhältnisse haben immer zuerst Einschränkungen in Bezug auf die Wohnräume hervor. Jede Familie, welche mit der Noth des Lebens zu kämpfen hat, sucht an der Wohnungsmiete zu sparen und so kann leicht Wohnungsbau selbst da entstehen, wo für normale Verhältnisse nicht einmal ausreichend gebaut worden ist. Auf die Baumaterialien und die Höhe der Löhne wird die geringere Bauhätigkeit vermuthlich auch nicht ohne Einwirkung bleiben, obgleich man nicht behaupten kann, daß Baumaterialien und Löhne zu hoch stehen. Größeres Angebot drückt eben die Preise.

Wenn wir es mit solchen Ausstellungen der Bauwerks-Berthung zu thun haben, so müssen wir dann wieder auf's Neue daran erinnern, daß das Meister-Organ bis vor ganz kurzer Zeit sich darin gefiel, in freivolter, geistlicher, verläumdeter Weise zu behaupten: die „Streikluft“ der Arbeiter, und die „Zucht der Kapitalisten“ vor denselben sei Schuld daran, daß ein so harter Märgang im Bauwesen, speziell in Berlin stattfinde. Aber dieser Unsinns stellt nicht mehr und deshalb bequemt das Meisterorgan sich zur Wahrheit.

Eine Rünfterversammlung in Hannover nahm folgende vom Baugewerksamtsmeister (welch' ein Unmuth von „Ständebewußtsein“ spricht aus diesem Titel) Herrn Töbheide eingebrachte Resolution an: Die Handwerker-Versammlung hält unverbrüchlich daran fest, daß die Nothstände im Handwerk in den letzten 20 Jahren nicht weniger, sondern durch die Einführung des obligatorischen Fähigkeitsnachweises und der obligatorischen Innung. Die zugesagte Organisation des Handwerks ist als vorläufig befriedigend nur anzuerkennen, wenn dieselbe auf Hebung der Standes Ehre des Handwerks beruht und demgemäß begründet ist auf die Heranbildung des Standes von Lehrling, Gesell und Meister durch die Innung. Die Rechte und Pflichten der Innung sind durch Gesetz zu bestimmen, namentlich aber stehen derselben von selbst zu die Rechte und Pflichten aus §§ 100 s und f der jetzigen Gewerbeordnung. Die Mitgliedschaft in der Innung wird nur erworben durch Zurücklegung einer Lehrlings- und Gesellenzeit durch den abgelegten Fähigkeitsnachweis, wie solches für die betreffende Innung vorgeschrieben sein wird. Die Innung hat sich dem für den betreffenden Ort oder Bezirk gebildeten Innungsausschuß anzuschließen. Der Innungsausschuß überwaht die Rechte und Pflichten der Innungen und übt das bisher den resp. Oberpräsidenten zustehende Aufsichtsrecht über die Innungen ihres Bezirks aus. Die Innungsausschüsse des betreffenden Regierungsbezirks erwählen die Handwerkerkammer, welcher die entsprechende Anzahl von höheren Beamten der betreffenden Regierung zugehört werden. Die Handwerkerkammer vertritt das Interesse der Innungen und übt das Aufsichtsrecht über die Innungsausschüsse und die Innungen ihres Bezirks. Sämmtliche Handwerkerkammern eines Oberpräsidialbezirks unterstehen der Aufsicht des betreffenden Oberpräsidenten und sämmtliche Handwerkerinteressen dem betreffenden Staatsminister.

Ja, das möchten die Herren Junktsanalter wohl, daß die Handwerkerkammer als Mittel zur Pflege des Innungsrummels dienen, und damit alle Handwerker diesem Rummel dienbar gemacht würden. Aber daraus wird nichts werden.

Rechtliche schwarze Listen? In der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 17. d. M. führte der Stadtverordnete Singer Folgendes aus: „Vor mir liegen die Beweise dafür, daß innerhalb der städtischen Gasanstaltsverwaltung den beim Wohnlegen usw. beschäftigten Arbeitern Vorschriften darüber gemacht werden, wie sie ihre wirtschaftliche und sonstige Ueberzeugung äußern sollen. Es war der Versuch gemacht worden, im Interesse der Abstellung gewisser Uebelstände die betreffenden Arbeiter zu einer Versammlung zusammen zu berufen; es bestand ferner die Absicht, einen Verein derselben zu gründen, ein Vorgehen, das durchaus legal und einwandfrei ist. Es liegt mir vor die schriftliche Erklärung zweier Leute, in der einen wird bestätigt, daß ein Herr Feinike, Vertreter des Gasinspektors Hartmann, bei der Wohnzahlung den Arbeitern sagte, sie möchten den andern sagen, daß derjenige, der zu der betreffenden Versammlung der Gasanstaltsarbeiter Berlin's und Umgegend gehe, entlassen werde; der zweite bescheinigt, daß der Bauhändler, Ingenieur Meyer, auf der Gasanstalt am Straalenplatz bei der Lohnzahlung den Arbeitern mitgetheilt habe, daß er vom Gasanstaltsdirektor Cuno beauftragt sei, mitzutheilen, daß jeder Arbeiter zu entlassen sei, der zu der Versammlung gehe. Ich werde beide Schriftstücke dem Magistratsbevollmächtigten zur Verfügung stellen und habe die feste Zuversicht, daß eine Untersuchung eingeleitet werden wird und habe nur zu bitten, weil selbstredend die Voraussetzung, daß so etwas vorkommen kann, in weite Kreise große Beunruhigung trägt, daß der Magistrat ausspricht, daß die städtische Verwaltung sich nicht anmaßt, sich in die politische und wirtschaftliche Ueberzeugung der von ihr beschäftigten Arbeiter zu mischen. Die Dinge gehen aber noch weiter: Auf drei Entlassungsscheinen, die unmittelbar nach jener Versammlung von Herrn Hartmann ausgefertigt sind, sind die Namen mit den schwarzen Linien unterstrichen. Von denselben Herrn liegen mir Entlassungsscheine aus früherer Zeit vor, wo jener Strich fehlt. Hier ist nur ein Schluss möglich: Man hat mit diesem Strich unter dem Namen des Arbeiters eine Kennzeichnung desselben vollzogen (Wachen) und damit dasjenige gethan, was hier im Saale und draußen von der hier maßgebenden Partei

sets verurtheilt worden ist, man hat eine schwarze Liste. In die städtische Verwaltung eingeschrieben, gerichtet gegen solche, welche aus irgend einem Grunde den Vorgesetzten nicht mehr passen. Diese Dinge sind in keiner Weise mit dem in der Gewerbeordnung garantierten Koalitionsrecht vereinbar. Ich nehme zur Ehre der städtischen Verwaltung an (Unruhe und Zwischenrufe), daß dieser Fall das einzige Vorkommnis in ihrem Bereich ist. Die Möglichkeit des Vorkommens aber muß eine ernste Mahnung für den Magistrat sein, dafür Sorge zu tragen, daß solche gesetzlich unzulässigen und direkt unmoralischen Einwirkungen und Einflüsse nicht geübt werden.“ Der Stadtrath Weber gab die Erklärung ab, daß von der Führung schwarzer Listen nicht die Rede sein könne; ein derartiges Verfahren würde die schwerste Mißbilligung erfahren. Die Bemerkung des Stadtverordneten Singer, betreffend das Verbot des Verschönerungsbeschusses überging der Herr Stadtrath mit Stillschweigen.

Um neuen Arbeitsamt in Frankreich. Das „Office du travail“, über dessen Errichtung wir früher berichtet, scheint eine umfassende Thätigkeit entwickeln zu wollen. Der Minister für Handel und Industrie hat sich jüngst in einem, die weitgehende Unterstützung bittenden Zirkulare an die Präfecten der Departements, die Handelskammern und Handelsgerichte, die gewerblichen Schiedsgerichte (Conseils de prud'hommes), sowie an alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Vereine gemeldet. Der Minister theilt mit, daß das Amt seit 1. October funktionirte und erläutert dessen Hauptaufgabe, „der Sammlung, Ordnung und Veröffentlichung aller auf die Arbeit bezüglichen Informationen“, dahin, daß insbesondere die Organisation und die Entlohnung der Arbeiter, deren Beziehungen zum Kapital, die Lage der Arbeiter und der Vergleich der französischen mit den ausländischen Arbeitsverhältnissen in's Auge gefaßt werden. Zur Erfüllung einer so mächtigen und vielseitigen Aufgabe sagt der Minister — welche sich als eine permanente Enquete über die unversessenen Verhältnisse der Arbeit, des Handels und der Industrie darstellt, bedarf der neue Organismus, in welchem sich lebendig und wirksam die Fürsorge der Regierung für die Interessen aller Arbeitenden erkennen lassen muß, der thätigen Mitwirkung aller Derjenigen, denen die Entwicklung der ökonomischen Macht und Festigung des sozialen Friedens am Herzen liegt. Daher bittet der Minister „inhabendigt“ nicht nur um die erste Beantwortung der vom Arbeitsamt auszugehenen Duesitionsfrage, sondern auch um selbstthätige Einlenkung aller derjenigen Informationen, welche die Studien des Amtes zu unterstützen vermöchten. Indem der Minister sich für die Delegirten des Arbeitsamtes ein geeignetes Entgegenkommen erbittet, hebt er am Schluß ausdrücklich hervor, daß die jeweiligen Enqueten einzig und allein statistischen Zwecken dienen sollen und daß Parteizwecke und fiskalische Absichten absolut ausgeschlossen bleiben werden.

Gläubiger über die englischen Arbeiterstände: „Es ist ein Gegenstand zur angenehmen und befreudigenden Erwägung, daß das gegenwärtige Jahrhundert sich sowohl durch eine allgemeine, merkwürdige Verbesserung des Lebensunterhalts der Völker auszeichne, als durch Ausdehnung ihrer Macht, wie die Förderung ihrer moralischen und geistigen Bildung. Die Arbeiterfrage, erklärt Gladstone des Weiteren, tauchte gleichzeitig mit der Aufhebung der Vereinigungsgesetze auf, kraft deren die Verbindung der Arbeiter unter sich als eine Gefährdung betrachtet wurde. Der ungeschickliche von den in den Städten lebenden Arbeitern stetig erzielte Fortschritt sei durch die vortheilhafte Organisation und deren Wirksamkeit im Verein mit der regelmäßigen Thätigkeit der Konstitution zuzuschreiben, wodurch die Arbeiter in den Stand gesetzt würden, diejenigen Rechte auch noch zu erlangen, deren sie noch bedürftigen.“

Hauseinsturz. In Petersburg stürzte ein dreistöckiger Neubau ein und verschüttete 13 Arbeiter. Einer derselben wurde todt, die übrigen mehr oder weniger verletzt aus dem Schutt hervorgezogen.

Bewerkschaftliche Angelegenheiten.

Die Bauarbeiter Zürichs sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Hohe Beiträge in den Gewerkschaften. Ueberall, wo gewerkschaftliche Organisationen bestehen, haben dieselben mit dem Vorwurfe, daß sie „zu hohe Beiträge“ erheben, zu kämpfen. In der Regel wird dieser Vorwurf von solchen Arbeitern erhoben, welche die Gewerkschaften als Kampfpf. Organisationen nicht gehend zu würdigen wissen. In Bezug darauf schreibt eine amerikanische Arbeiterzeitung:

„Wenn es möglich wäre, die Nothwendigkeit hoher Beiträge in Gewerkschaften in überzeugender Weise darzutun, als dies bisher geschehen, so wäre es jetzt an der Zeit. Es ist dies ein Gegenstand, welcher von vielen Gewerkschaften nicht länger übersehen werden sollte. Von hohen Beiträgen hängen Befähigkeit, Macht, ja die eigentliche Existenz der Gewerksvereine ab. Denken wir einen Augenblick darüber nach: Was bedeuten hohe Beiträge? Die Vorbereitung in guten Zeiten für die kommenden Kämpfe; die Armierung von Zeiten für den kommenden Krieg, wenn er den Arbeitern in Form einer Lohnreduktion aufgewungen wird; und wir wissen, daß Derjenige, welcher gut bewaffnet und stets vorberichtet ist, nur selten eine Niederlage erleidet.“

Wir könnten zahlreiche Fälle anführen, in welchen Unions übersehen werden, weil sie unvorberichtet waren. Das Erste, wozu sie dann genötigt waren, war die Ernennung von Bettel-Komitees, und wenn dieselben dann nicht das erzielten, was sie erhofft, dann fühlten die betreffenden Unions sich sehr verletzt. Die Folge davon war, daß die Gewerkschaften zu Grunde gingen und die Mitglieder, die Organisation und die Gewerks-

chaftsbewegung für ihre Niederlage verantwortlich machten. Doch weber das Eine, noch das Andere war zu tadeln, einzig allein ihre Ausrichtigkeit. Wir rufen deshalb mit Nachdruck allen Gewerkschaften zu: Gebt nicht eiskalt über hohe, im Verhältniß zu den empfangenen Löhnen stehende Beiträge, welche nur zu Eurem Schutze verlangt werden.

Da ist noch ein anderer Umstand. Wenn eine Union eine volle Kasse hat, dann sei sie nicht zu freigebig. Sie helfe natürlich dort, wo es nöthig, aber sei vorsichtig und gerecht.

Wir kennen Gewerkschaften, welche durch ihre Freigebigkeit verarmten und als: sie selbst in Noth waren, Erstatteuren ausschreiben mußten. Wir wissen, daß es angenehmer ist, zu geben, als zu nehmen; aber man sollte allzu freigebigen Impulsen zu widerstehen suchen, namentlich wenn deren Uebung zum eigenen Unglück führen kann.

Wenn eine Union eine Schwester-Union unterstützen will, dann sollte sie lieber zu dem Mittel der Subscriptionslisten auf den Plätzen und in den Werkstätten greifen, als Gelder aus der Kasse bewilligen. Es können dann beim Versammlungsbegehren keine Vorwürfe von Seiten gemacht werden, welche stets zur Hause bleiben, aber immer hinterher rauslören.

Eins aber sollte für jeden Arbeiter in Stein gemeißelt und in seinem Innerten bewahrt werden: Hohe Beiträge bedeuten eine starke Union; eine starke Union bedeutet hohe Löhne und geringe Gefahr einer Lohnreduktion.

Wir pflichten diesen Ausführungen in der Hauptsache bei. Die Arbeiter müssen lernen, die Opfer, welche die gewerkschaftliche Organisation ihnen auferlegt, freudig zu tragen. Ohne Opfer keine Möglichkeit des Kampfes, ohne Kampf kein Sieg!

Der Gewerkschaftskongreß

hat in den Tagen vom 13. bis 18. März d. J. in Halberstadt stattgefunden. Derselbe wurde von Legien in Gamburg im Namen der Generalcommission mit dem Wunsch eröffnet, daß etwas Ersprießliches für die Gewerkschaftsbewegung geschaffen werden möge. Das Bureau bestand aus: Legien, Klotz und Deisinger als Vorsitzende; Theib, Gewehr, Domine, Herbert, Sabath, Dieblich, Euzinger und Eckstein als Schriftführer; Fising und Stahr als Führer der Rednerliste. Die Mandatprüfungs-Kommission konstituirte die Anwesenheit von 208 Delegirten in Vertretung für 308 519 Arbeiter, nämlich: 88 Delegirte der Baugewerke 43 919 Arbeiter, 25 Delegirte der Bekleidungs-Industrie 29 650, 7 Delegirte der Textil-Industrie 6730, 87 Delegirte der Metall-Industrie 41 518, 30 Delegirte der Holz-Industrie 37 510, 2 Delegirte der Gasmittel-Industrie 1760, 23 Delegirte der Nahrungsmittel-Industrie 20 095, 9 Delegirte des Bergbauwesens und der Seefischerei mit 10 743, 2 Delegirte der keramischen Industrie (?), 22 Delegirte der graphischen Gewerbe 25 360, 9 Delegirte der Werkstoffbetriebe 10 743 und 7 Delegirte der nichtgewerblichen Arbeiter 5753 Arbeiter.

Legien erstattete einen Rechenschaftsbericht der Generalcommission für die Zeit vom 17. November 1890 bis 1. März 1891: Die Gewerkschaftskongresse, welche am 16 und 17. November 1890 tagte, gab der Kommission bis zum Stattfinden des Gewerkschaftskongresses folgende Aufgabe: „Die Kommission hat einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß einzuberufen und eine Vorlage für die Organisation der deutschen Gewerkschaften aufzuarbeiten. Ferner allen Angriffen der Unternehmer auf das Organisationsrecht der Arbeiter, gleichviel welcher Branche, energisch entgegenzutreten bezw. jeden Widerstand der Einzelorganisationen thätig zu unterstützen. Sodann für die Organisation der wirtschaftlich zu schwach gestellten Arbeiter einzutreten und deren Organisationen thätig zu unterstützen, sowie die Agitation zur Verbreitung der Organisation in den unorganisirten Vandaltheilen zu leiten.“

Die Mittel für die Thätigkeit der Kommission sollten von allen Gewerkschaften nach Maßgabe der Mitgliederzahl aufgebracht werden. Diese ihr gestellte Aufgabe suchte die Kommission nach besten Kräften zu erfüllen. Bei ihrer Einsetzung war über die Stärke und Leistungsfähigkeit der in Deutschland bestehenden Gewerkschaftsorganisationen keinerlei statistisches Material vorhanden. Die Mitglieder der Kommission schätzten die Zahl der in Deutschland organisirten Arbeiter auf etwa 600 000. Das Resultat der Statistik ergab, daß in Deutschland Ende 1890 53 Centralvereine mit 3150 Zweigvereinen und 227 733 Mitgliedern bestanden. Ferner gab es 5 Organisationen, die durch ein Vertrauensmännerthum zentralisirt waren und in 712 Städten 73 467 Mitglieder besaßen. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter betrug inf. der in einzelnen Orten vorhandenen Fachvereine etwa 350 000.

Die freiwilligen Leistungen der Arbeiter ergaben bis zum 1. März 1892 wohl die Summe von M. 108 504,86, jedoch waren die Gelder zu der Zeit, als sie gebracht wurden, nicht zur Stelle. Die Kommission glaubte, auf Grund der Berliner Resolution ein Recht zu haben, zur Unterstützung der Ausständigen Anleihen machen zu dürfen. Es konnten diese Darlehen bei prozentualer Verteilung auf alle Organisationen gebedt werden. Die über die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften aufgenommenen Statistik zeigte jedoch, daß diese bei dem gegenwärtigen Stande der Klassen nicht in der Lage sein würden, die gebachten Darlehen zu decken. Einmal, um nach dieser Richtung hin gebedt, andererseits aber, um für spätere Kämpfe gerüstet zu sein, schrieb die Kommission die Sammlung zum Maßstabs aus. Die eingegangenen Summen genügt nicht, die Verpflichtungen der Kommission erfüllen zu können.

Vom November 1890 bis September 1891 wurde von der Kommission über 32 Ausständigen Statistik geführt. Von diesen wurden 81 perkmürit unterführt, während bei 6 Ausständigen eine solche Unterführung abgelehnt wurde, weil es sich nach Ansicht der Kommission nicht um Ab-

wehrets behandelte. Ueber die späteren Streiks bzw. Ausschlässe sind, infolge des bekannten Beschlusses der Fabrikarbeiter Konferenz, keine statistischen Erhebungen von der Kommission mehr angefertigt worden.

Die 31 unterzeichneten Ausschlässe, an welchen insgesamt 6600 Personen 225 Wochen beteiligt waren, erforderten eine Ausgabe von M. 184 398. In diese Summe sind nur die Beträge eingerechnet, welche direkt als Streikunterstützung seitens der Kommission in Deutschland gewährt wurden. Nicht eingerechnet sind M. 2000, die nach Bremerhaven, und M. 100, die nach Zürich als Voranschuss gelangt und von dort wieder zurückgeschickt worden sind; ferner M. 1000, die zur Unterstützung des Ausschlusses der Buchdrucker in Wien bewilligt, sowie M. 8000, die zum deutschen Buchdrucker-Ausschuss als Darlehen gegeben wurden; Johann M. 1800, die während des Ausschlusses der Laborarbeiter aus Antwerpen zur Verfügung gestellt und dann von der Kommission zurückgeschickt wurden. Für agitatorische Zwecke konnten unter diesen Umständen nur geringe Mittel verwandt werden. Es wurde Agitation unter den Biegelarbeitern in Wippe; Detmold betrieben und ein Voranschuss zu einer Agitationstour, welche die Bienenarbeiter nach Ost- und Westpreußen veranfaßte, gegeben. Im Uebrigen mußte die Kommission sich darauf beschränken, durch Zusammenstellung von Adressen den einzelnen Organisationen bei der Agitation behilflich zu sein. Durch Anlegung eines Städteverzeichnis mit den in den einzelnen Orten vorhandenen Verbindungsadressen ist die Kommission in der Lage, jederzeit über solche Adressen Auskunft geben zu können.

Um die Meinungen von Ausschlässen, sowie die Mitteilungen und Aufrufe der Kommission in die Presse zu bringen, sowie die Leiter der Organisationen reich über alle Vorgänge unterrichtet zu halten, wurde von der Kommission ein Blatt, das „Korrespondenzblatt“, herausgegeben. Das Blatt wurde an die Vertrauensleute der Gewerkschaften und die Redaktionen der Arbeiterzeitungen gratis abgegeben. Auch auf internationalem Gebiet wurde, soweit dies unter den schwierigen Verhältnissen möglich war, ein reger Verkehr unterhalten. Die Mitteilungen von Ausschlässen sowie Berichte über die Organisationen in anderen Ländern setzten die Kommission, in der Lage, eine Reihe interessanter Veröffentlichungen zu machen. Ueber den Geschäftsbetrieb der Kommission ist zu bemerken, daß Zusammenkünfte sämtlicher Mitglieder fünfmal stattgefunden haben; während die in Hamburg wohnhaften Mitglieder der Kommission wöchentlich eine Sitzung abhielten. Sodann nahmen einige Kommissionsmitglieder auch an den Konferenzen anderer Gewerkschaften Theil, um bei der Klärung von Meinungsverschiedenheiten behilflich zu sein. Ueber den Postverkehr ist zu berichten, daß seit dem Bestehen der Kommission bis zum 1. März 1892 bei dem Vorhanden 1843 Postsendungen eingiengen und von denselben 18 671 Postsendungen abgehandelt wurden. In der letzteren Riffer sind die Sendungen des „Korrespondenzblattes“, der Monatsheften und der Broschüre: „Die Organisationsfrage“ enthalten, Nicht darin enthalten sind die Postsendungen des Postreises der Kommission. Auch die Zahl dieser ist eine bedeutende.

In der Debatte über den Rechenschaftsbericht, die oft recht lebhaft verlief, blieben der Generalkommission mandatsrechtlich keine Punkte nicht eripart; so wurde insbesondere von Wegger in Hamburg die Meinung vertreten, daß sie ihre Beschlüsse doch bedeutend überschritten habe, als sie die Unterstützung des Laborarbeiterstreiks in dem Maße vornahm, als es geschehen, und daß sie so hohe Anleihen machte.

v. Elm in Hamburg und Andere weisen diese Meinung als eine unbegründete zurück. Auch die Herausgabe des „Korrespondenzblattes“ wurde von einigen Seiten als unzulässig bezw. unpraktisch bemängelt.

Ein Vertreter der Berliner Lokalorganisation, Herr v., meint: Die Generalkommission sei ein „Jahresgebornes Kind“ und das Geld für das „Korrespondenzblatt“ sei „zum Fenster hinausgeworfen“. Die bekannte Art, wie gewisse Berliner Gewerkschafts-„Größen“ es verstehen, „sachlich“ zu diskutieren.

Die Diskussion über die Organisationsfrage wurde durch ein Referat Weggers in Hamburg über die Vorschläge der Generalkommission eingeleitet. Referent führt aus: Bildung von Industriegruppen empfehle er nicht. Man müsse damit rechnen, daß fast alle Gewerkschaften noch im Anfangsstadium ihrer Entwicklung ständen und sich nicht leicht so ohne Weiteres so eng verbinden ließen, als es dazu nötig wäre. Auch die verschiedene Leistungsfähigkeit der einzelnen Gewerke müsse in Betracht gezogen werden. Wenn es auch einzelnen Gewerkschaften möglich sei, zu Gruppen sich zusammenzuschließen, so sei dies doch nicht bei allen angängig. Man müsse aber eine Form finden, der sich alle Organisationen anpassen könnten. Später möge das wohl möglich sein, jetzt noch nicht. Wären die Industriegruppen praktisch, dann hätte man sie unter den gewerkschaftlich hochentwickelten Arbeitern sicher schon eingeführt.

Es müsse an der Berufsorganisation festgehalten werden, und zwar so, daß bestehende Organisationen nicht angefaßt, jedoch so gestaltet werden, daß sie sich durch Kartellverträge miteinander verbinden können. Was wir heute beschließen, kann morgen nicht in Kraft treten, soll aber den Weg für die Zukunft zeigen. Wünschenswert wäre es, wenn die verschiedenen Organisationen der zu einem Kartell vereinigten Gewerkschaften ihren Sitz nach einem Orte verlegten. Die Aufgaben der zu einem Kartell oder einer Union verbundenen Gewerkschaften sollten sich erstrecken auf: 1. Gemeinsame Unterstützung und Beschlußfassung bei Streiks etc. 2. Gegenseitige Unterstützung ihrer auf der Reise befindlichen Mitglieder. 3. Gleichmäßige und gemeinsame Agitation. 4. Gemeinsame statistische Erhebungen. 5. Zentralfaktion des Herberges und Arbeitsnachweises. 6. Regelung des Preiswesens. Redner begründete diese Forderungen der Generalkommission auf 5 Eingehende und hielt das Institut einer Generalkommission für unbedingt nötig, um 1. die Agitation

in den Gegenden zu betreiben, wo die Arbeiter noch nicht organisiert sind. 2. einheitliche Statistiken zusammen zu stellen, 3. das „Korrespondenzblatt“ herauszugeben, 4. bei Streiks etc. Darlehen zu gewähren.

Wegger sprach für die Gründung eines Berufsorganisationenverbandes ein, dem sich jede Organisation anschließen könne, wenn es ihr möglich sei.

Selbstverständlich nahmen die Vertreter der sogenannten „freien Organisationen“ die Gelegenheit wahr, ihre satzungsbekanntem Titeln kräftig loszulassen. Nichts als Braunsäurebeweis, die Vertreter des Kongresses erweckend, die Zentralorganisationen seien zu persönlichen Interessengemeinschaften herabgefallen; er verlangte, daß der Kongress auch den lokalen Organisationen freien Spielraum gewähre. Die Zentralorganisationen hätten nichts erreicht. Was die sogenannte „freie Organisation“ schon erreicht hat, darüber mußte Herr Riede nichts zu sagen. In demselben Sinne, wie dieser „Nichtverbänder“ sprach sich seine Gesinnungsgenossen v. Lauro d. Berlin, Elm, Berlin u. A. aus. Die „Nichtverbänder“, welche behaupteten für die Zentralfaktion nur den dümmsten Spott und Hohn haben, beantragten eine Resolution des Inhalts: daß der Kongress jede Form der Organisation anerkennt und auspricht, daß die Zentralfaktion mit Vertrauensmännern die beste Form der Organisation sei, da in einer solchen für politische und wirtschaftliche Auffklärung am besten gewirkt werden kann.

Mit Nachdruck trat eine große Anzahl Redner für die Zentralfaktion, bezw. die Verbandsorganisation ein.

Es herrschte Waidau wünschte vollste Zentralfaktion. Wenn es in Sachen auch schwierig sei, sich einer Zentralorganisation anzuschließen, so würde man doch auch dort Mittel und Wege finden, dies möglich zu machen.

Als Vertreter der Generalkommission führte Wegger in Hamburg aus: Wenn sich die Vertreter der Lokalorganisationen als Vertreter des Friedens aufspielen wollen; nachdem sie Jahre lang den Krieg erklärt, so komme ihm das merkwürdig vor. Wenn die Herren aus Warg hingewiesen, der eine Vereinigung aller Proletarier wolle, so glaube er, daß Warg keine Fammeherde wolle, sondern eine festgegliederte Masse. Dazu gehöre eine gleichartige Organisation. Wenn ein Delegierter durch Zahlen nachweisen wolle, daß die Masse der Arbeiter lokal organisiert sei, so vergesse er, daß seine Zahlen Mauer und Metallarbeiter umfassen, welche jetzt zentralisiert seien. Wenn Timm den wirtschaftlichen Kampf für eine Phrase erkläre, so hätte dieser auch den Kongress für überflüssig erklären müssen. Die Gewerkschaften sollen die geschaffene Lebenshaltung verbessern, soweit es möglich. Wir den Lokalorganisationen können wir uns nicht verbinden, da diese Politik treiben und ferner treiben wollen. Damit würden wir uns und die Lokalorganisationen der Gefahr der Auflösung aussetzen.

Demgegenüber meinte der „Nichtverbänder“ Feder-Berlin: In der heutigen Gesellschaft sei der Gewerkschaftsbewegung jeder Wert abzusprechen. (O, Herr Feder, diese Ansicht wiegt jederleut.) In der kommenden Gesellschaft braucht man keine Gewerkschaftsbewegung mehr. Alle Jahre werde die Zahl der Arbeitslosen größer und folgerichtig (!) die Mitgliederzahl der Gewerkschaften kleiner. Nur in Verbindung mit Politik können die Gewerkschaften Nutzen schaffen. Für die Hochachtung, welche den englischen Gewerkschaften dargebracht, danke er. Die seien im Schlepptau aller möglichen Parteien gewesen. Wir können mit unseren paar Groschen nicht gegen das Kapital ausrichten. Der Buchdruckerstreik bewiese das. Diese hätten einen Generalfreist. proklamieren müssen (!!). In den Fachorganisationen werde der Rastengeist herrschen; wir sind, ob Tischler, Schlosser etc., doch alle Arbeiter. Die volle Verbindung bietet den Gewerkschaften den besten Schutz gegen die Staatsanwälte. Diese Organisation ist nicht gerichtsfeindlich zu lassen. (!!) Es geht doch nichts über solchen „Nichtverbänder“-Unsinne!

Am Nachmittag des 16. März traten die Spezialkongresse zusammen, um Stellung zu der Organisationsfrage zu nehmen. In der Sitzung am 17. März erfolgte die Berichterstattung über die Resultate dieser Kongresse.

Eslein, Waidau berichtete, daß die Bauarbeiter-Gruppe folgende Resolution der Generalkommission angenommen, nachdem die Frage, ob Kartelle mit Lokalorganisationen eingegangen werden könnten, verneint worden, worauf Odenthal (Stuttgarter), Hennig, Paey und Kaulich (Tübingen), Riede, v. Lauro d., Hoffmann und Buchhorn (Mauer) die Sitzung verließen. Die Resolution lautet:

„Der Gewerkschaftskongress erkennt die dem Delegationsentwurf der Generalkommission ausgeprochenen Grundsätze: die Zentralvereine der verwandten Berufs-zweige unter einheitlicher Leitung zu Gruppenorganisationen zu verbinden, um dadurch eine größere Konzentration der Kräfte im wirtschaftlichen Kampf herbeizuführen, als richtig an und empfiehlt sämtlichen Gewerkschaften, in welchen dieses ohne Schwierigkeiten für die bestehenden Organisationen praktisch durchführbar ist, die Unionsbildung vorzunehmen resp. dieselbe durch zu lassende Beschlüsse auf die einzelnen Gewerkschaftskongresse vorzubereiten.“

In Erwägung, daß nach den statistischen Erhebungen der Generalkommission sich ergeben hat, daß die einzelnen Zentralfaktionen in ihrer Entwicklung, ihren Einrichtungen und ihrer Leistungsfähigkeit noch zu sehr differieren und demnach die Vorbereitungen für eine Unionsbildung noch nicht gegeben sind; ein einheitliches Wirken im Interesse kräftiger Entwicklung der Organisationen aber schon heute notwendig erscheint, empfiehlt der Kongress, um für die Zukunft die Unionen anzubahnen, daß sich die zunächst verwandten Gewerke durch Kartellverträge verbinden.

Diese Verträge sind dahin abzuschließen, daß die verwandten Berufs-

1) bei Streiks und Ausperrungen gemeinsame

Beschlüsse fassen und sich gegenseitig finanziell unterstützen;

2) ihre auf der Reise befindlichen Mitglieder gegenseitig unterstützen;

3) die Agitation möglichst gleichmäßig und auf gemeinschaftliche Kosten betreiben;

4) statistische Erhebungen gemeinsam veranlassen;

5) Herberge und Arbeitsnachweise zentralisieren, sowie

6) das Preiswesen regeln.

Da Angehörige des gegenwärtigen Standes der wirtschaftlichen Entwicklung, bei Errichtung von Industrieverbänden die Betätigung der den Organisationen noch indifferent gegenüberstehenden Arbeitermassen voraussichtlich sehr erschwert wird, diese vielmehr bei Organisationen in Berufsverbänden in ungleich höherem Maße zu erwarten steht, kann die Bildung von Industrieverbänden gegenwärtig allgemein nicht empfohlen werden.

Als Grundlage der Organisation betrachtet der Kongress vielmehr die in Verbänden zentralisierten Berufsorganisationen und empfiehlt sämtlichen Arbeitern, sich den bestehenden Zentralorganisationen anzuschließen, resp. solche zu bilden in Gewerke, welche sich jetzt lokal organisiert, oder durch ein Vertrauensmännersystem verbunden waren.

Jeder dieser Zentralvereine (Verbände) hat in allen Orten, wo eine genügende Anzahl Berufsangehöriger vorhanden und keine gesetzlichen Hindernisse im Wege stehen, Geschäftsstellen zu errichten. Wo solche Hindernisse bestehen, ist den Arbeitern zu empfehlen, als Einzelmitglieder den Zentralvereinen beizutreten und sich durch gewählte Vertrauensmänner eine feste Vertretung und Verbindung mit der Gesamtorganisation zu schaffen. Dieses Vertrauensmännersystem ist so zu gestalten, daß es gleichzeitig eine Vertretung der Gesamtheit der Berufsangehörigen an den Orten bildet, wo für die Zentralvereine als solche Schwierigkeiten bestehen.

Außerdem können an solchen Orten lokale Vereine eventuell in Verbindung mit verwandten Berufsgruppen geschaffen werden.

Die Verbindung der einzelnen Zentralfaktionen zum gemeinsamen Handeln in Fällen, bei welchen alle gleichmäßig interessiert sind, wird durch eine auf jedem statistischen Gewerkschaftskongress zu erwählende Generalkommission herbeigeführt.

Der zweite Teil der von der Bauarbeiter-Gruppe vorgelegenen Resolution besagt:

Die Aufgaben der Generalkommission. 1) Die Vertreibung der Agitation in benannten Gegenden, Industrien und Berufs, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind;

2) die von den einzelnen Zentralvereinen aufgenommene Statistiken zu einer einheitlichen für die gesamte Arbeitererschaft zu gestalten und eventuell zusammenzufassen;

3) statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen und periodisch zu veröffentlichen;

4) ein Blatt herauszugeben, welches die Verbindung sämtlicher Gewerkschaften mit zu unterstützen, die nötigen Bekanntmachungen zu veröffentlichen und, soweit geboten, deren rechtzeitige Bekanntmachung in der Tagespresse herbeizuführen hat, und

5) in geeigneten Fällen und unter Zustimmung der Mehrheit der Zentralvereinsvorstände aus dem vorhandenen Fonds Darlehen an einzelne Gewerkschaften zur Unterstützung von Streiks zu gewähren.

Die Pflichten der einzelnen Zentralvereine der Generalkommission gegenüber. Jede zentralisierte Gewerkschaft hat pro Mitglied und Quartal 10 Pf. an die Generalkommission zu leisten. Diese Beiträge können aus den Kas sen der Gewerkschaften gezahlt, oder durch von der Generalkommission auszugebende Marken von den Mitgliedern der Organisation erhoben werden. Diese Marken können auch an nicht organisierte Arbeiter abgegeben werden.

Aus dieser Einnahme der Generalkommission sind zunächst die Kosten für die Verwaltung und Agitation zu decken. Der Rest wird zur Annullierung der unter Riffer 6 genannten Fonds benutzt. Darlehen aus diesen Fonds dürfen erst dann gegeben werden, wenn derselbe die Höhe von M. 50 000 erreicht hat.

Der Fonds ist auf dieser Höhe zu erhalten und wird zu seiner Ergänzung eventuell nach Verhandlung mit den Zentralvorständen der Organisationen die Marken der Generalkommission in kurzen Zwischenräumen an die Mitglieder zu verabsorgen.

Diejenigen Gewerkschaften, welche ihren Verpflichtungen gegenüber der Generalkommission bez. Zahlung der Beiträge nicht nachkommen, haben keinerlei Anspruch auf moralische oder pekuniäre Unterstützung; desgleichen verlieren dieselben Sitz und Stimme auf den von der Generalkommission einberufenen allgemeinen Gewerkschaftskongressen.

Ueber Beginn, Weiterentwicklung, Beendigung und Erfolg von Streiks ist der Generalkommission regelmäßig Bericht zu erstatten — desgleichen müssen derselben die von den einzelnen Gewerkschaften aufgenommene statistischen Erhebungen zur Verfügung gestellt werden.

Die Einberufung des nächsten Kongresses bleibt der Generalkommission unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvorstände überlassen.

In Erwägung, daß thätigste Organisationen die beste Mittel zur erfolgreichen Durchführung von Streiks wie zur Verbindung ausfallsloser Streiks ist, die Leistungsfähigkeit aber in der Auffklärung der Mitglieder, der Disziplin und der Höhe der Fonds erblickt werden muß, welche Vorbereitungen jedoch durch die heute fast allgemein niedrigen Beiträge nicht erfüllt werden können, empfiehlt der Kongress, zum Zweck wirksamer Agitation und Annullierung von Fonds die Beiträge entsprechend zu erhöhen.

Außerdem wurde empfohlen, daß da, wo eine Zahlstelle irgend einer Gewerkschaft nicht errichtet werden kann, andere Gewerke auch Mitglieder zu übernehmen, welche später ohne Weiteres ihrer eigenen Ge-

werkstatt ohne Beitragsgeld, Karenzzeit u. dergl. heil- treten können.

Die Metallarbeiter ergreifen darin volle Einigung. Die Gruppe der Holzarbeiter hatte sich dahin geeinigt, dem Kongress folgende Resolution als Grundlage der Beratungen zu empfehlen:

Der Spezialkongress der Holzarbeiter erklärt sich für die Annäherung der verwandten Berufs durch Kartell- verträge, will jedoch die Frage, ob die spätere Einigung der Branchenorganisation in Form von Unionen oder Industrieverbänden statzfinden habe, der weitesten Ent- wicklung der Organisation infolge der Kartellverträge überlassen. Derselbe ist der Ansicht, daß, wo die Ver- hältnisse die Industrieverbände zulassen, diese vorzuziehen sind; wo diese infolge der großen Verschiedenheit der Verhältnisse nicht durchführbar sind, soll durch Bildung von Unionen diese Möglichkeit herbeigeführt werden.

Für den Holzarbeiterverband sind Kartellverträge dahin abzuschließen, daß die durch dieselben verbundenen Gewerkschaften

1. sich gegenseitig finanziell bei Streiks und Aus- sperrungen unterstützen; 2. ihre auf der Weise befindlichen Mitglieder gegenseitig gleichmäßig unterstützen; 3. die Agitation möglichst gleichmäßig und auf gemeinschaftliche Kosten betreiben; 4. statistische Erhebungen gemeinsam veranstalten; 5. Serberge und Arbeitsnachweise zentralisieren; 6. ein gemeinsames Organ schaffen.

Der Spezialkongress der Holzarbeiter erklärt ferner: Zentralorganisation, sowie Organisationen nach dem Ver- trauensmännersystem sind nur in solchen Orten zu empfehlen, wo die gesetzlichen Bestimmungen die Bildung von zentralisierten Gewerkschaften oder den gemeinsamen Anschluß an solche nicht gestatten.

Die Verbindung der einzelnen Zentralisationen zum gemeinsamen Handeln in Fällen, bei welchen alle gleich- mäßig interessiert sind, wird durch eine auf jedem statz- findenden Gewerkschaftskongress zu erwählende General- kommission herbeigeführt.

Für Industrieverbände hatten sich weiter ausgeprochen die Vertreter der Gruppe der am Schiffbau und in der Schiffahrt beschäftigten Arbeiter und der Textilarbeiter.

Elm. Hamburg vertheilte den Entwurf der Kommission. Die Industrieprüfung wäre eine Organi- sation der Zukunft. Man dürfe aber der Entwicklung nicht vorgreifen, keine Sprünge machen. Es wäre ein Fehler, nicht mit dem Bestehenden zu rechnen; den bestehenden Organisationen müsse man ihre Weiter- entwicklung nicht wehren, aber die Zentralorganisationen könne man nicht in den Rahmen der Unionen hinein- ziehen, denn diese wollen ja grundsätzlich keine größeren Vereinigungen, sondern sich auf ihre örtlichen Verhältnisse beschränken.

Bei der Abstimmung über die Resolutionen wurde die der Zentralisations-Vertreter (Feber-Berlin und Genossen), welche lautet: „Wir erwarten von dem Kongress, daß er jede Form der Arbeiterorganisation als zu Recht bestehend anerkennt und in feiner Weise eine Diktatur auszuüben sucht“, abgelehnt. Mit 149 gegen 37 Stimmen (10 enthielten sich der Abstimmung, die übrigen waren abgesehen) wurde die Resolution der Holz- arbeitergruppe angenommen. Dreizehn Ver- treter von Zentralorganisationen, darunter Maurer Elm- er-Giebelsstein, Maurer Behrend-Berlin, Maurer Nauod-Berlin und Maurer Riedel-Braun- schweig (alles a. l. e. d. e. l. a. n. t. e.!) gaben darauf folgende Erklärung zu Protokoll:

„Da die Verhandlungen des Kongresses im Plenum wie auch in den Spezialkongressen erwiesen haben, daß die Mehrheit des Kongresses nicht gewillt ist, die bestehenden, auf Vertrauensmännersystem beruhenden Zentralisationen als gleichberechtigt mit den Zentral- verbänden anzuerkennen zu wollen,

da ferner unsere Bestrebungen auf gemeinsames Zusammenwirken in Bezug auf die Ausübung der Solidarität und die Aufklärung des Proletariats nicht die Anerkennung des Kongresses gefunden haben, trotz- dem ein Zusammenwirken der Vertrauensmänner der einzelnen Organisationen mit der Generalkommission unbeschadet durch die Vereinseigenschaft der verschiedenen Bundesstaaten wohl nicht möglich ist, erklären die Unter- zeichneten, nach wie vor an ihrer sich gut bewährenden, auf dem Boden der Vertrauensmännerzentrali- sation stehenden Organisationen festzuhalten, erklären jedoch weiter, daß wir, wie jeder selbstbewußte Arbeiter, es für unsere heiligste Pflicht erachten, überall da, wo das Proletariat irgend eines Berufs sich im Kampfe mit dem Kapital befindet, nach jeder Richtung hin und mit aller Kraft unterstützend einzutreten. Wir überlassen es allen selbstbewußten Arbeitern, über die Hand- lungsweise des zu Halberstadt tagenden ersten deutschen Gewerkschaftskongresses zu urtheilen.“

Der Kongress nahm diese aborne Protest-Komodie mit verbitterter Gleichgültigkeit auf. Die Protestler ver- ließen den Kongress.

Die weiteren Beschlüsse des Kongresses gehen dahin: Die Generalkommission bleibt be- stehen. Die Mitglieder haben in Hamburg ihren Wohnsitz. Mit Unterstützung bei Streiks hat die Kom- mission nichts zu thun. Gewählt wurden in diesbe- zügl. Legler, Dammann, Demuth, v. Elm, Bessinger, Frau Köhler, Fehmerling. Der Kongress schied die Be- schließung des Chicagoer Kongresses ab, desgleichen die Sammlung eines Ratfonds durch die Generalkom- mission. Am 7 Uhr Abends am 18. März wurde der Kongress geschlossen.

Wir werden auf die Verhandlungen und Beschlüsse zurückkommen.

Situationsberichte.

Maurer.

Darburg. Am Donnerstag, den 10. März, fand im Lokale des Gastwirths Peters die regelmäßige Mit- gliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zentral- verbands der Maurer Deutschlands und verwandten

Berufsgenossen statt. Nachdem die Beiträge erhoben waren, wurde zum zweiten Punkt: „Wahl eines Kassirers“, übergegangen und wurde der frühere Stell- vertreter Kassirer A. Meyer und als dessen Stell- vertreter der Kollege E. Bloch gewählt. Im dritten Punkt hielt der Bevollmächtigte einen lehrreichen Vor- trag über die Entstehung der Lohnarbeit und betonte, daß sich ein Arbeiter in jetziger Zeit weit schlechter stelle, als wie im Alterthum und Mittelalter, und forderte er deshalb die Verammung auf, fest an der Organisation zu halten, um nicht weiter rückwärts, sondern immer vorwärts zu kommen. Im vierten Punkt: „Inneres in Verbandsangelegenheiten“, entpau sich eine lebhaft- e Debatte über mehrere Kollegen, welche den Lohnarif nicht innegehalten haben, und wurde auf Antrag des Kollegen F r a u b e s beschloffen, falls die Kollegen den Lohnarif nicht innehalten, dieselben als ausgeschlossen zu betrachten. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung um 10 Uhr.

Bremen. Am 16. März, Abends 7 Uhr, tagte hier die regelmäßige Mitglieder-Versammlung des Zentral- verbands der Maurer Deutschlands usw., Zählstelle Bremen. Vom Kassirer, Herrn Decker wurde die monatliche Abrechnung vorgelegt und wurde dieselbe von den Herren Revisoren für richtig befunden. Ferner wurde von mehreren Rednern die Unregelmäßigkeit des Ver- sammlungsbesuchs der Mitglieder einer scharfen Kritik unterzogen, auch wurde mehrfach betont, daß der Grund wohl darin zu finden sei, daß in letzterer Zeit mehrere Male die Versammlungszeit im „Grundstein“ unrichtig angegeben sei. Nach längerer Diskussion wurde ein An- trag des Herrn B a d e r h o p, die Versammlung eine halbe Stunde nach Feierabend, also jedesmal um 6 1/2 Uhr, eröffnen zu lassen, angenommen. Dann wurde eine Ein- ladung zur Fahnenweihe der hiesigen Werkarbeiter, welche am Sonntag, den 27. März, stattfinden soll, durch den Vorliegenden vorgelesen. Ein Antrag des Herrn S c h ö t t n e r, der Einladung mit der Fahne der Maurer Bremens Folge zu geben, wurde angenommen. Wegen ander- weitiger Benutzung des Lokals erfolgte Schluß der Ver- sammlung um 8 1/2 Uhr.

Cassel. Am Mittwoch, den 16. März, fand im Lokale des Herrn Wittrock die regelmäßige Mitglieder- versammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbands der Maurer Deutschlands statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Erheben der Beiträge. 2. Welche Vorkreise hat der Arbeiter von der Arbeitszeitverlängerung. 3. Ver- schiedenes. Nach Eröffnung der Versammlung verlas der Schriftführer das Protokoll der vorhergehenden. Nachdem der 1. Punkt erledigt war, hielt Kollege J u n g l a u s einen Vortrag und führte er in längerer Darlegung die traurige Lage besonders in unserer Stadt an und ersuchte die Kollegen, dafür zu sorgen, daß wenigstens der Behnkrundtag eingehalten würde. An der Diskussion beteiligte sich Kollege F r a n d t, welcher die Ausführungen des Redner ergänzte. Im „Verschiedenes“ gab Kollege S o m m a n n das Amt als Revisor ab und wurde Kollege B ö t n e r an seiner Stelle gewählt. Kollege F r a n d t wurde als 2. Kas- sirer gewählt, weil dem früheren 2. Kassirer das Lokal verboten ist und er nun auch die Versammlungen nicht besucht. Hiernach las Kollege F r a n d t einen Aufruf an die Maurer Cassels und Umgegend vor und machte bekannt, daß am Dienstag, den 22. März, eine öffent- liche Maurerverammlung auf dem „Bunten Wod“ statt- finden. Kollege S c h u l z beschwerte sich, daß hier zu- setzen ein Referent erscheine und wurde Kollege S o h- m a n n beauftragt, an die Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands zu schreiben und dieselbe zu ersuchen, einen Referenten zu dieser Versammlung zu senden. Da die Tagesordnung erschöpft war, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 10 Uhr.

Wilhelmshurg. Am 13. März fand im Lokale des Herrn Gerdt eine Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zählstelle des Zentral-Verbands der Maurer Deutsch- lands statt. Zunächst wurde vom Kassirer die verbirte Abrechnung vorgelesen und dieselbe von der Versammlung für richtig befunden. Sodann wurden die Kollegen F e l m i e d und W e n g a c h als Hüftkontrolleure, der Kollege K u n g e als Vertreter des „Grundstein“ ge- wählt. Hierauf machte der Bevollmächtigte bekannt, daß, weil die Adressen sehr mangelhaft sind, jedes Mitglied verpflichtet ist, bis zum 1. April seine genaue Adresse bei dem Kassirer W. L i n d e, Reiterstieg 203, einzu- reichen, damit eine bessere Regelung in der Zustellung des „Grundstein“ erfolgen könne. Im Punkt „Ver- schiedenes“ sprach Kollege W a h l e über das Koalitions- recht und ermahnte die Kollegen, da uns eine Vereinigung zur Erlangung gänstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen freistehen und wir zum Frühjahr auf großen Bezug zu rechnen hätten, möchten sie ihre Pflicht erfüllen und die fremden Kollegen aufklären, damit sie dem Verbands beitreten. Der Bevollmächtigte forderte diejenigen Mit- glieder, welche noch nicht im Besz eines statistischen Buches sind, auf, sich bis zum 1. April ein solches aus seiner Wohnung, Schulstraße 182, abzuholen. Sodann wurden die Mitglieder ermahnt, weil auf mehreren Bauten die Wesperruppe nicht inne gehalten wird, sich strenge nach den Vorschriften, des Lohnarif zu richten. Von dem Kollegen B u c k wurde die schlechte Ausführung des Gerastes am Bau des Herrn M a c h t e einer Kritik unterzogen; dasselbe sei so schlecht, daß es lebensgefährlich sei auf demselben zu arbeiten. Es sei notwendig, daß sich die Kollegen mehr nach den Bestimmungen der Un- fallberthaltungsvorschriften richten, Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Halberstadt. Am Mittwoch, den 16. d. M., fand im Vereinslokale des Herrn B o l m a n n eine öffent- liche Maurerverammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die Nothlage im Baugewerbe und wie ich Abhilfe zu schaffen? 2. Verschiedenes. Es hatten sich trotz des wichtigen Abends, da wir die Ehre hatten, die auf dem Gewerkschaftskongress anwesenden Kollegen in unserer Mitte zu sehen, nur unsere Verbandmitglieder einge- funden. Nachdem das Bureau gewählt war, ertheilte der Vorsitzende, Kollege T i m m e r, dem Referenten, Kollegen P a u l, Hannover, das Wort. Der Referent

erlebte seine Aufgabe zur besten Zufriedenheit der Versammlung. Er schloßte unsere Tage und den Druck der Unternehmer und forderte die Kollegen auf, recht reger in der Agitation zu sein, um dem vereinigten Kapital entgegenzutreten zu können. Hierauf wurde eine, recht lebhaft- e Debatte geführt und sprach der Kollege D a m m a n n, Hamburg seine Freude aus, daß die Halberstädter Kollegen endlich erpicht seien, es solle dies jedoch kein Lob sein, sondern ein Ansporn, immer mehr und mehr darauf bedacht zu sein, Mitglieder zu er- langen. Kollege M e y e r, Leipzig sprach seine Freude aus, seit seinem letzten Vortrag so rath wieder in unserer Mitte sein zu können. Er forderte die Kollegen ebenfalls auf, recht thätig zu sein und die indifferenten Kollegen heranzuziehen und ihnen klar zu machen, wie notwendig es sei, sich zu organisieren. Kollege D ä h n e, Berlin führte noch einige hübsche Sachen an, wie die Berliner Votalorganisation suche, für ihre Sache und in ihrer Weise Vortheile zu machen, was ihr aber nichts nütze, da Alles Lug und Trug sei. Die Kollegen F u r l e m a n n und B e r k a u nahmen ebenfalls das Wort und suchten die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig es sei, alle Mann Schuster an Schuster zu stehen, um zu unsern Gunsten etwas zu bezwecken; kurz, es war ein recht lehrreicher Abend. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen aufgefordert hatte, dafür zu sorgen, daß die Kollegen, welche uns noch fern- stehen, herangezogen würden, um sich als Mitglied in unsern Verband einschreiben zu lassen, wurde die Ver- sammlung, da im „Verschiedenes“ nichts vorlag, mit einem Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung geschlossen.

Hannover. In der am 15. März stattgefundenen Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbands der Maurer Deutschlands sprach der zweite Bevollmächtigte, Kollege S u m p e r t, über das Thema: Ursachen und Wirkungen der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit sei in den Vordergrund getreten, dieselbe sei eine Folge der heftigen Wirtschafts- ordnung. Das Kapital mache sich jede Neuerung zu Ruhe, dieses bewirke Arbeiterentlassungen, die Folge sei Arbeitslosigkeit. Jede Neuerung erleichtere zwar die Arbeit, käme aber nur Einzelnen zu Gute. Die Elektro- technik hätte große Fortschritte gemacht, dieselbe erzeuge immer mehr Arbeitslosigkeit, Redner erläuterte dies an einigen Beispielen. Die Arbeitslosigkeit werde von Jahr zu Jahr größer, ihre Wirkungen aber seien Noth und Armut. Die heutige Gesellschaft könne es nicht verantworten, daß solche Zustände herrschen. Die Arbeitslosigkeit führe zur Demoralisation. Die Prosti- tution, das Verbrechenthum, sowie auch die Aus- wanderung, seien Folgen der Arbeitslosigkeit. Wie sollen diese Zustände aber beseitigt werden? Würde die Arbeitszeit reduziert, z. B. auf acht Stunden, so würde die Arbeitslosigkeit vermindert werden, auf die Dauer brächte dieses aber keinen Erfolg, dafür sorge die Technik. Dieserhalb müsse es unsere Aufgabe sein, stets für die Arbeiterorganisationen zu wirken, damit die moderne Arbeiterbewegung erstarke, denn nur diese könne eine Veränderung herbeiführen. Redner schloß mit den Worten Heinrich Heine's: „Wir wollen auf Erden glücklich sein, wir wollen nicht mehr darben; verschleimen soll nicht der faule Bauch, was fleißige Hände erwarben. In der Diskussion führte Kollege F e i n i c h s aus: Man müsse meistens für einen Hundelohn arbeiten. Beim hiesigen Kanalbau gebe man den Polen pro Tag M. 1,50, während die hiesigen Arbeiter M. 2,50 erhalten, bei 400 Polen brächte dieses eine Ersparnis von M. 400 pro Tag. Kollege G r o t h e: Wir würden in der nächsten Zeit beim Magistrat betrefsz des Submissions- wesen vorstellig werden müssen, damit die Unternehmer verpflichtet würden, den örtlichen Stundenlohn zu erhöhen. Auch die Polen hätten ein Recht zu arbeiten, sie dürfen aber nicht dazu benutzt werden, den Lohn zu drücken. Hierauf verlas der Bevollmächtigte das von der Reichstagskommission ausgearbeitete Reglement, welches akzeptirt wurde. Nachdem dann noch auf die Statistik aufmerksam gemacht war, erfolgte Schluß.

Grabow. Am 13. März fand hier eine Mitglieder- versammlung des Fachvereins der Maurer von Grabow und Umgegend statt. Zweck der Versammlung war, Auflösung des Vereins. Anwesend waren 24 Mitglieder. Nachdem der Vorsitzende den Kollegen den Zweck der Auflösung des Vereins klargelegt, wurde einstimmig be- schlossen, den Verein aufzulösen. Schluß der Versamm- lung 4 1/2 Uhr.

Am 13. März, Abends 8 Uhr fand abermals eine Maurerverammlung statt zwecks Gründung einer Zähl- stelle des Zentralverbands der Maurer Deutschlands usw. Anwesend waren 22 Kollegen. Nachdem der Vorsitzende das Statut vorgelesen und den Zweck und Nutzen des Zentralverbands klargelegt hatte, wurde einstimmig be- schlossen, dem Zentralverbände beizutreten. Einzelnen ließen sich 22 Kollegen. Hierauf wurde die Wahl der Verwaltung vorgenommen und folgende Kollegen gewählt: F l a u als Bevollmächtigter, K ö h n als Kassirer und F. S c h u l z als Schriftführer. Der Bevollmächtigte machte bekannt, daß die Zählstelle am 1. April in's Leben treten werde und schloß, nachdem noch einige kleinere Angelegenheiten erörtert waren, mit einem drei- fachen Hoch auf den Zentralverband die Versammlung.

Gliickstadt. Eine ordentliche Mitglieder-Versamm- lung der hiesigen Zählstelle des Zentralverbands der Maurer Deutschlands usw. fand am 12. März statt mit der Tagesordnung: 1. Beitragszahlung, Aufnahme neuer Mit- glieder. 2. Bericht der Delegierten aus dem Gewerkschaftskongress. 3. Antrag des Kollegen J a n s e n, betz Sonntagskommission. 4. Verschiedenes. Zu Punkt drei der Tagesordnung erklärte Kollege W a l s e n, daß er, obgleich er die Weisung erhalten, dafür zu sorgen, daß er zu Fastnacht ein Gewerkschaftsball veranstaltet würde, er dennoch dafür gestimmt habe, denselben am 13. März abzuhalten, um dadurch dem Gewerkschaftskongress in Halle, der um diese Zeit seinen Anfang nähme, unsern Beisatz zu bezeugen. Anwesend wurden in die Sonntag- kommission gewählt die Kollegen: J a n s e n, W ö b l e, W e i ß und K ä h l e r. In Punkt vier der Tagesordnung erklärte der Bevollmächtigte Kollege W a l s e n, seinen

Wollen nicht länger verwirren zu können, weil der Kassier, Kollege P o e n, zwei zugewiesenen Kollegen keine Reiseunterstützung ausbezahlen wollte. Diese beiden Kollegen hatten nämlich auf Veranschaulichung Arbeit in Arbeit erhalten und um Zeit zu gewinnen, verlangten dieselben schon Tags vorher ihre Unterstützung, obgleich sie denselben Tag schon einmal Unterstützung erhalten. Der Kassier glaubte auf Grund seiner Instruktion die Auszahlung verweigern zu sollen, erklärte sich aber bereit, dieselbe am anderen Morgen um 6 Uhr auszubahlen. Die beiden Kollegen gingen nun zu dem Bevollmächtigten und dieser ging mit ihnen zum Kassier, um die Sache zu ordnen. Der Kassier, so behauptet der Bevollmächtigte, habe weder ihn, noch die beiden reisenden Kollegen zum Worte kommen lassen, er sei der Ansicht, daß, da die Kollegen Arbeit hatten und sie ihren Verpflichtungen dem Verbande gegenüber genügt hätten, ihnen die Reiseunterstützung ausgezahlt werden mußte, um sie so schnell wie möglich dem Glanz und der Arbeitslosigkeit zu entziehen, denn wie leicht hätten dieselben mit dem Geheiß in Konflikt kommen können und hätten dann dafür schwer büßen müssen. Vom Standpunkte der Gerechtigkeit hätten dieselben Unterstützung haben müssen. Durch diesen Vorfall sah sich der Kassier veranlaßt, ebenfalls am Quartalschluß seinen Posten niederzulegen und wurde zur nächsten Versammlung die Wahl eines Kassiers auf die Tagesordnung gesetzt. Als Bevollmächtigter wurde K o l l W e h e gemählt. Alsdann wurde vom Kollegen W e i ß den Mitgliedern anempfohlen, auch in politischer Beziehung tätig zu sein und könnten sie dies erreichen durch Beitritt in den Allgemeinen Arbeiterverein, denn zur Erreichung unserer Ziele sei das eine so notwendig wie das andere. Die Gewerkschaftsbewegung sei die Vorarbeit für's politische Leben. Eine Anfrage, wie verhalten wir uns zum 1. Mai? und Wahl eines Mitgliedes, welches die Statistischer nachsieht, wurde zur nächsten Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Salz a. d. S. Am 19. März hielt die hiesige Jahreshalle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen ihre monatliche Versammlung ab, welche vom zweiten Bevollmächtigten K. S t a n i n g, 8 1/2 Uhr eröffnet wurde. Der Kollege M. S e i f e r t verlas hierauf das Protokoll von der vorhergehenden Versammlung, welches von der Versammlung für richtig befunden wurde. Nachdem die Beiträge erhoben, wurde auf Antrag des Bevollmächtigten beschlossen, am ersten Osterfesttag einen Ausflug zu veranstalten. Dann wurde beschlossen: die nächste Versammlung acht Tage früher stattfinden zu lassen. Kollege W o r d o r f machte die Kollegen nochmals auf die Statistiken aufmerksam und bat, dieselbe gewissenhaft auszufüllen und jedes Mal den Statistiker aus Nr. 19 des Grundstein. Seite 4, ein Häkchen. Da weiter nichts Besonderes vorlag, wurde die Versammlung um 10 1/2 Uhr geschlossen.

Lauenburg (Elbe). Am Sonntag, 20. März, Nachmittags 6 1/2 Uhr fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Jahreshalle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. statt. Auf der Tagesordnung stand: Das Verhalten der Meister zu unserer Lohnforderung. Der Bevollmächtigte, Kollege W e e d, sprach sich in sachlicher, ruhiger Weise hierüber aus. Die Jahreshalle hätte sich alle Mühe gegeben, sich mit den Meistern auf friedlichem Wege zu einigen, jedoch vergeblich. Hierfür wollten die Meister nicht mit der Kommission unterhandeln, sondern nur mit dem Gesellenausschuß; es wurde hierauf auch eingegangen und der Gesellenausschuß, der ebenfalls aus Mitgliedern des Verbandes besteht, beauftragt, sich mit den Meistern in Verbindung zu setzen, welches denn auch in kurzer Zeit geschah. In der Annahmeverammlung wurde die Forderung der Gesellen seitens der Meister abgelehnt und erklärten sie sich nur bereit, 1 1/4 Aufschlag zu zahlen und das Weitere der freien Vereinbarung der Gesellen mit ihren Meistern zu überlassen. Die Gesellen erklärten sich jedoch hiermit nicht einverstanden und beschloßen, auf der Forderung von 40 % per Stunde zu beharren und nur für den äußersten Fall 3 1/4 fallen zu lassen. In einer wiederholten Verhandlung wurde den Gesellenvertretern von den Meistern die Antwort: die Maurer hätten immer den großen Mund auf, während die Zimmerer niemals etwas sagten. Hiermit waren die Verhandlungen zu Ende. Die Versammlung beschloß in einen partiellen Streik einzutreten, und daß jeder, der in Arbeit fällt, eine Kündigungserklärung unterschreiben muß, verpflichtet ist, am Sonnabend, den 26. Mai, zu kündigen. Alle, welche in Arbeit bleiben, werden verpflichtet, eine Marx wöchentlich für Unterstützungszwecke zu zahlen, welche an eine Kommission, bestehend aus den Kollegen F. H e i m a n n, W. K ä m p a g e, C. W a h r, S. W e m a n n, H i t t b e r g e n und F. K r u s e, A r t e n b u r g, zu entrichten ist. Sodann wurde beschlossen, am Sonntag, den 27. März, wiederum eine Mitgliederversammlung abzuhalten, in welcher sämtliche Kollegen zu erscheinen haben. Nachdem der Bevollmächtigte auf die am 1. April in Kraft tretenden Veränderungen der Gewerbeordnung hingewiesen, erfolgte Schluß der Versammlung um 7 Uhr.

Lehe. Am 15. März, tagte eine Mitgliederversammlung der hiesigen Jahreshalle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. Kollege W a u e r s referierte über das Thema: Die wirtschaftliche Nothlage der Arbeiter und wie ich Abhilfe zu schaffen und führte aus, daß die Lage der Arbeiter von Jahr zu Jahr verschlechtert. Auch jetzt sei eine Lohnreduzierung zu erwarten und deshalb sei es Pflicht aller Kollegen, danach zu streben, daß eine Einigung aller Kollegen erzielt werde, nur so sei etwas zu erreichen und könne einer Beschämigung unserer Lage vorgebeugt werden. Auch empfahl er das Lesen des „Grundstein“. Der Bevollmächtigte erlaubte die Mitglieder, bis zum 1. April ihre rückständigen Beiträge zu entrichten. Hierauf nahm der Kollege W i l l e r das Wort und beschuldigte den Kollegen M e i e r, daß er für 22 1/2 % die Stunde gearbeitet habe. W e i e r gab dieses zu, doch er habe seinem Meister bereits erklärt, daß er für diesen Lohn nicht weiterarbeiten werde. Von dem Kollegen W a u e r s

wurden die Kollegen nochmals dringend ersucht, sich unter keinen Umständen eine Herabsetzung des Lohnes gefallen zu lassen, wo dieses verweigert werde, solle man der Verwaltung sofort Anzeige machen. Nachdem noch von dem Kollegen W a u e r s bekannt gegeben war, daß sämtliche Gemeinderäte das Manifest zusammen feiern würden, wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Nordern. Am 17. März hielt die neugegründete Jahreshalle Nordern des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. eine Versammlung ab. Nachdem drei neue Mitglieder aufgenommen waren, hielt der Bevollmächtigte, einen längeren Vortrag über „Zur. d. und Ziele des Verbandes.“ Erklärte die Statuten und legte den Mitgliedern ein Herz, kräftig für unsere Jahreshalle zu agitieren. Redner bemerkte, daß in den letzten guten Jahren hier keine Organisation zu Stande zu bringen war, jetzt hätte die Noth den Kollegen die Augen geöffnet und die größere Hälfte sei unseres Jahreshalle gleich beigetreten. Ihr, die Ihr uns noch fern hielt, schließt Euch uns an, denn Ihr habt nur Vortheil vom Verband. Unsere Versammlung findet jeden Donnerstag, Abends 8 Uhr, im Boten des Herrn J. W a l z e r g e n statt. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten wurde die Versammlung um 10 Uhr von dem Bevollmächtigten geschlossen.

Altona. In der am 15. März stattgefundenen Versammlung der hiesigen Jahreshalle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. hielt Herr S t a n i n g, 1 1/2 aus Hamburg einen Vortrag über das Thema: Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Redner ließ die jüngsten Ereignisse auf wirtschaftlich-sozialem Gebiete Revue passieren und trübte daran treffende kritische Bemerkungen. Am Schluß seines mit Beifall aufgenommenen Vortrages forderte er zur unermüdeten Agitation für den Verband auf, denn auch die Gewerkschaftsbewegung könne viel dazu beitragen, daß eine schnelle Besserung der mangelhaften Lage des Arbeiters herbeigeführt werde. Sodann wurde nach einer heftigen Debatte beschlossen, die Mitgliederversammlungen nur im alten Stadtheide abzuhalten. Im dritten Punkt, „Arbeitsnachweis“, führte der Bevollmächtigte aus, daß während des sechsmonatlichen Bestehens desselben sich 20 Meister zur Erlangung von Gesellen an dasselbe gewandt hätten und 35 Gesellen Arbeit nachgewiesen wurde. Die Unkosten betragen M. 93 88. Es sei dieses eine große Summe und wäre wohl in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine Aenderung der Einrichtung zu treffen sei. S t e r n b e r g beantragte, den Arbeitsnachweis darauf zu ändern, daß das Buch bei dem zweiten Kassierer ausgelegt wird, welcher auch das Weitere zu veranlassen hat. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Punkt betreffend die Kolportage des „Grundstein“ wurde, da der Antragsteller, Kollege W e e d, nicht anwesend war, auf Antrag S t e r n b e r g's auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gelegt. Im fünften Punkt wurde die Abrechnung vom Monat Februar vom ersten Kassierer vorgelesen; dieselbe ergab eine Einnahme von M. 318,01 und eine Ausgabe von M. 219,05, mithin einen Kassendefizit von M. 98,96. Da im sechsten Punkt nichts Wichtiges vorlag, wurde um 11 1/2 Uhr die Versammlung geschlossen.

Hensburg. Am 15. d. Mts. Abends 8 Uhr, tagte unsere vierteljährliche Generalversammlung auf der Maurerbergstraße mit folgender Tagesordnung: 1. Namen- und Protokollverlesen, 2. Aufnahme neuer Mitglieder, 3. Unser diesjähriges Quartal, 4. Stellungnahme zum Zentralverband der Maurer Deutschlands usw. und verwandten Berufsgenossen, 5. Wahl der nach dem Turnus auszuführenden Vorstandsmittelglieder, 6. Verschiedenes. Vom Kassierer wurden die Namen, vom Schriftführer das Protokoll vorgelesen, welches für richtig befunden wurde. Neu in den Verein aufgenommen ließ sich Einer. Im 3. Punkt wurde vom Vorsitzenden berichtet, daß unserm Vergnügen von Seiten der Polizeibehörde nichts im Wege sei, und es wurde beschlossen, desselben am 19. April in alter Weise wieder zu feiern, nämlich Morgens 8 Uhr beginnt das Quartal, Nachmittags 8 Uhr nach dem Vergnügungsfest, und Abends Koncert, Theater und Ball. Punkt 4 wurde dahin erledigt, daß wir uns dem Zentralverband deutscher Maurer und deren Berufsgenossen in nächster Zeit voll und ganz anschließen. Bei dieser Gelegenheit wurde vom Vorsitzenden der Antrag gestellt, den jetzigen Verein neben der Jahreshalle bestehen bleiben zu lassen zur Erhaltung des Sängerkorps bei einem ermäßigten monatlichen Beitrag. Es kam hierüber zur Abstimmung und gab folgenden Resultat: Für Aufrechterhaltung des Vereins 50 Stimmen und für Auflösung desselben 33 Stimmen. Zur Vorstandswahl wurden folgende Mitglieder vorgeschlagen: Als 1. Vorsitzender H. S c h m i d t und als Kassierer des Vereins K. K r u s e und F. W i s e, welche am Quartalsfeste durch Stimmentzettel gewählt werden. Im Verschiedenen wurde ein Brief von den Meistern vorgelesen, in welchem sie die Forderung betreffend Nahrung und Gesimmsbedeckung ablehnten. Es wurde nach einer kurzen Debatte beschlossen, die Sache vorläufig beizulegen und eine günstigere Zeit abzuwarten. Die Kameraden wurden gebeten, bei den Meistern, bei welchen es vorkomme, darnach zu streben, daß sie es bezahlet bekommen. Da hier in der nächsten Zeit eine Jahreshalle gegründet werden soll, erbot sich das Mitglied P. C a r s t e n s e n bei sämtlichen Mitgliedern herumzugehen und Unterschriften zu sammeln zum Beitritt in den Verband. Da nun die Tagesordnung soweit erledigt war, wurde die gut besuchte Versammlung vom Vorsitzenden F. S c h w a r z e, um 10 Uhr geschlossen.

Hamburg. In der am 10. März stattgefundenen Mitgliederversammlung der hiesigen Jahreshalle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. wurden zunächst der Thierkontroleure gewählt. Alsdann verlas der Kassierer die Abrechnung; dieselbe wies eine Einnahme von M. 1888,03 auf, welcher eine Ausgabe in gleicher Höhe gegenüberstand. Weiter referierte über den vom Hamburger Bürgerausschuß angebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinsrechts. Nachdem Redner verschiedene Paragraphen des Entwurfs gehörend kritisiert hatte, erklärte derselbe, dieses Gesetz entspreche durchaus

nicht dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung der freien Republik Hamburg; deshalb müssen wir immer und immer wieder gegen derartige Gesetzesbestimmungen Protest erheben, damit uns volle Vereins- und Versammlungsfreiheit gewährt werde. Zum folgenden Punkt: Was haben wir zu thun, einer etwaigen Lohnreduktion begegnen zu können? führte Wömelburg an, es sei zwar bis jetzt noch nicht bekannt, daß die Arbeitgeber den Lohn reduziert haben, doch sei dieses nicht ausgeschlossen. Sobald dieselben den Zeitpunkt für gekommen erachten, würden sie auch versuchen, die Löhne zu drücken, wie es schon an verschiedenen Orten geschehen sei. Unsere erste Pflicht müsse es sein, darüber zu wachen und die Organisation zu stärken, damit wir auch bei Angriff abwehren können. In demselben Sinne sprach Meyer sich aus. Köster las einige Stellen aus dem in Hamburg erscheinenden „Baugewerks-Anzeiger“, vor, in welchem über die zwangsweise Versteigerung der Bauten im letzten Jahre Klage geführt wird; es sollen bei 240 Bauten M. 3569 156 verloren gegangen sein. Um dieses künftig zu verhindern, schlägt das genannte Blatt eine Vereinigung vor, welche u. a. auch die Aufgabe hat, die Mitglieder gegen Schädigung durch die Arbeitnehmer zu schützen. Hieraus sei zu ersehen, daß uns Gefahr drohe. Nachdem sich noch eine ganze Anzahl Mitglieder hierbei ausgesprochen, bemerkte Wömelburg, es freue ihn, daß alle Redner sich in so energischer Weise geäußert haben, und forderte die Mitglieder auf, danach zu handeln. Hierauf gelangte ein von Vater gestellter Antrag zur Annahme, auf die nächste Tagesordnung zu setzen: Aufnahme sämtlicher Maurer Hamburgs in den Verband. Nothwendig noch bekannt, daß die Maurer von Langenfelde, Seeligen und Postfisch mit ihren Meistern in Konfliktverhältnissen gerathen sind, weshalb der Bezug ferngehalten ist. Da die Tagesordnung erschöpft war, erfolgte Schluß der Versammlung.

In der am 17. März abgehaltenen gut besuchten Versammlung stand als zweiter Punkt auf der Tagesordnung (der erste mußte wegen Fehlens des Referenten vertagt werden) „Aufnahme der Streikbrecher“ und spricht hierzu der Antragsteller Herr V a t e r. Er meinte, daß er den Antrag nicht wie er vorliegt gestellt habe, sondern er habe beantragt, Aufnahme aller Maurer. Er wolle für die Streikbrecher keine Löhne breaden, ihm wäre es hauptsächlich um die zu thun, welche aus dem Verein nicht mit in den Verband übergetreten seien. Wenn dieselben die Beiträge nachbezahlen sollten, und sie diese Summe nicht aufbringen könnten, so müßten Mittel und Wege gefunden werden, um ihnen den Eintritt in den Verband zu ermöglichen. Aber auch die Streikbrecher müßten wieder aufgenommen werden, die Strafe könne keine ewige sein, unter welchen Bedingungen überließe er der Versammlung Wömelburg's Entgegnung, daß denen, die nicht Streikbrecher seien, nichts im Wege stünde, sie bräuchten die Beiträge nur vom Eintritt an zu bezahlen. Bezüglich der Streikbrecher stehe die Verwaltung noch auf dem früheren Standpunkt, daß die Aufnahme nur erfolgen solle bei Zahlung sämtlicher Unterstützung und Beiträge. Die meisten Redner sprachen sich gegen die Aufnahme aus und wurde ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen. Dann wurde Kollege N i c h t e r an Stelle des Kollegen G. W e i e r als Kandidat zum Gewerbegericht gewählt. Die Wahl eines Kolporteurs soll in der nächsten Versammlung vorgenommen werden. Zum fünften Punkt wurde ein Antrag S t a n i n g's, Herrn B a i l e m zur nächsten Versammlung einzuladen, da er in seinem Bau bei nicht bedachter Bauteilgabe gearbeitet worden ist, angenommen und folgte hierauf Schluß der Versammlung.

Neumünster. Die am 17. März abgehaltene Versammlung der hiesigen Jahreshalle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw. war gut besucht. Nachdem Mitgliederannahme und Beitragsverhebung beendet, hielt ein Mitglied einen recht ausführlichen Vortrag über: „Die Erhaltung der Arbeitskraft.“ Redner führte zuerst aus, daß die Arbeitskraft seit ihrer gewaltigen Trennung von den Arbeitsmitteln Waare geworden sei, die wie jede andere Waare auf öffentlichem Markte gehandelt werde. Die Arbeitskraft sei an den Arbeiter gebunden, mithin sei bemessen der Stempel des Waarencharakters aufgedrückt. Der Preis der Waaren liege auf dem öffentlichen Markte durch Angebot und Nachfrage reguliert. Ebenso verhalte es sich mit dem Preis der Arbeitskraft, dem Lohn des Arbeiters. Die Entwidlung der kapitalistischen Produktion habe dazu geführt, daß für jede freiwerdende Arbeitsstelle hundertfacher Ertrag geboten werde. Wer sich den Forderungen der selbstherrlichen Unternehmer nicht füge, dem bleibe es überlassen, soweit er lebig, als „Fechtsbruder“ die Landstraße zu bevölkern, oder, soweit er Familie besitze, mit den Seinen Hunger und Entbehrung zu leiden. Somit wurde bei Lohnbewegungen jedesmal großes Memento von den Unternehmern darüber erhoben, daß durch die fortwährenden höheren Lohnansprüche der Arbeiter die Unternehmer der Möglichkeit beraubt seien, eine konstante Unterlage bei der Aufstellung der Produktionskosten zu gewinnen. Die Arbeitskraft der Arbeiter werde im tödlichen Konkurrenzkampf durch Hungerlöhne und übermäßige Arbeitskraft verschleudert und verschwendet, das heißt, wenn die Bauunternehmer zu billig submittirt oder sonst einer Bod bei Abschluß der Kontrakte geschlossen hätten, so sei es die infame Lohnbrückerlei, mit welcher der Verlust ausgeglichen werden soll. Wie rasch die Arbeitskraft des Arbeiters sich abnutzt, darüber gebe das Werk des Badischen Gewerbeberaths, Würthschöffer, „Die soziale Lage der Fabrikbevölkerung in Mannheim und dessen nächster Umgebung“, einigen amtlichen Aufschluß. Herr W habe seine Untersuchungen auf 8675 männl. Fabrikarbeiter ausgedehnt und die Dauer der Leistungsfähigkeit derselben der bei anderen Bevölkerungsentgegengestellt. Nehme man an, daß vom 20. bis zum 40. Lebensjahre die gleiche Volkzahl in den Fabriken, wie in den anderen Arbeitsbranchen gleich bleibt. Dagegen seien von 100 Arbeitern vom 40. bis zum 60 Jahre noch vorhanden: in den Fabriken 19,7 und in anderen Branchen 29,6 Arbeiter; aber das 60. Jahr hinaus nehme die Zahl der Fabrikarbeiter bis auf

24 Prozent ab, während die der anderen Betriebe gleich bleibe. Sonach stehe fest, daß bis zum 50. Lebensjahre 1/4 der Arbeiterbevölkerung von dem Industrialismus verbraucht ist. Auch die Gesundheit der Arbeiter erhalte durch die mitgetheilten Befunde ein sonderbares Aussehen. Bekanntlich seien es nur die sozialdemokratischen Abgeordneten gewesen, welche die Forderung der Altersrente von dem vollendeten 60. Lebensjahre an befristeten. Die angeführten Befunde des Gewerberathes belehren uns, daß auch dann, wenn der sozialdemokratische Antrag Annahme gefunden hätte, von dem Industrieproletariat nur annähernd 2 1/2 Prozent in den Besitz der Altersrente kommen könnte. Herr v. Lenz zeichnet das gewonnene Resultat seiner Untersuchungen mit der These: „Die Arbeiter werden im Allgemeinen rasch alt.“ Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen habe der Herr Reichsanwalt verordnet, daß für das laufende Jahr die bei Einquartierung zu gewöhnliche Naturalerlebung bei voller Beschäftigung, Brot mit einbegriffen, mit einer Mark pro Mann und Tag vergütet werde; dabei wird für die Morgenlohn 19 S. für das Mittagsbrot 52 S. und für das Abendbrot 29 S. in Ansatz gebracht. Man müsse zugeben, daß bei solchen Preisläsen an Lebensmittel nicht selten bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen nicht gedacht werden kann, sondern daß sich die Verpflegung in bescheidenen und einfachen Grenzen bewege. Jedenfalls beruhen die Feststellungen des Reichsanwaltes auf sorgfältigen Ermittlungen, daß für die angelegten Preise der Soldat, der Leichter, gesund und den Strapazen des Militärdienstes gewachsen, ausgehoben sei, bei voller Leistungsfähigkeit erhalten werde. Nun werde wohl Niemand bestreiten, daß die Arbeitsleistung des Arbeiters, der Kräfteverbrauch derselben demjenigen des Soldaten gleichkomme. Würde man nun die Arbeiterfamilie aus Mann, Frau und zwei Kindern bestehend annehmen, und die Frau sollte daheim dem Arbeiter den häuslichen Herd zu einem traulichen Kuchentisch gestalten, so müßte der Arbeitsverdienst für drei erwachsene Personen gerechnet ausreichen, also müßte eine Arbeiterfamilie täglich für ihren Lebensunterhalt 3 Mark aufwenden können. Das mache pro Jahr M. 1095, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, somit müßte der Arbeitsverdienst des Arbeiters M. 3.65 pro Tag betragen. Von der Distanz in Schiffen, Schienen, Fähringen, dem Speisestoff und Schwarzpulver, wo Mann, Frau und Kind im Höchstfalle einen Wochenverdienst von M. 12 erzielen können, im Durchschnitt beträgt derselbe nur M. 8, wolle er garnicht weiter sprechen. Es liege aber doch klar auf der Hand, daß diese Verdienstsituationen dauernd am Hungersden stehen. Nur in einzelnen Städten betrage der ortsübliche Tageslohn M. 3, in sehr wenigen M. 2,50, in vielen nur M. 2 und in der Mehrzahl der Krantenversicherungsbereiche weniger wie M. 2. Das Einkommen von drei Vierteln der deutschen Bevölkerung übersteige nicht M. 900. Redner nahm an, der Mann verdiene M. 800, gelinge es der Frau und den Kindern, noch M. 40 zu verdienen, so wäre immer noch ein Viertel der Summe zu decken, mit welcher der Arbeiter erst auf der Stufe mit der dem Soldaten zugestanden. Ernährungswirtschaft rangte. Das Defizit müßte der Arbeiter durch größere Ausgaben seiner Arbeitskraft decken, d. h. der Arbeiter dürfe das Quantum und die Qualität der Nahrung nicht für sich vermindern, welches dem deutschen Soldaten amtlicherseits zugestanden werde. Die Folge sei, daß der Kräfteverbrauch und die Arbeitsabnahme des Arbeiters seine frühzeitige Auflösung herbeiführe. Anhaltender Beifall wurde dem Redner für seinen so ausführlichen Vortrag zu Theil. Ferner wurde auf Antrag beschlossen, das Veranlassungslos nach dem „Elythum“, Inhaber Herr Nagel, zu verlegen, da sich das jetzige als ungeeignet erweise. Ramead 3 b 5 wurde für die Zukunft mit der Verbreitung des „Grundstein“ beauftragt, da es dem bisherigen Verbreiter an der nöthigen Zeit mangelt. Schluß der Versammlung um 10 1/2 Uhr.

Bauhaunderwerter.

Reichenbach i. V. Am 6. März fand unter dem Vorsteher unferes Vertrauensmannes, R. Dörfel, eine Bauhaunderwerterversammlung statt, in welcher Kollege B o n i s E t z e i n über „Die Gewerkschaftsorganisationen sonst und jetzt und der bevorstehende Gewerkschaftskongress zu Halberstadt“ referirte. Unter alter Freund entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden und beschloß die Versammlung die Gründung einer Bezirksstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands usw., sowie auch die Beschaffung des Gewerkschaftskongresses. Kollege L o u i s E t z e i n wurde sodann auf Antrag des Kollegen H ä t t n e r einstimmig als Delegirter gewählt. Wegen der im Saale herrschenden Kälte mußte hierauf vom Vorsitzenden die Versammlung gelassen werden. Hervorgehoben sei noch, daß diesmal die Versammlung mindestens doppelt so stark von Kollegen besucht war, wie die vorige, und zwar ist dieses in erster Linie der rührigen Thätigkeit unferes Vertrauensmannes zu danken. Möge er so fortfahren und mit ihm jeder B e s e z e r des „Grundstein“, dann wird die Bezirksstelle bald alle am Orte wohnenden Kollegen umfassen. Also frisch an's Werk!

Börlitz. Am 15. März fand hier selbst eine öffentliche Bauhaunderwerterversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Arbeiterergesetzgebung im Deutschen Reich“. Als Referent war Herr V o r e n z aus Großenhain erschienen. Redner empfahl eine gute, starke Organisation, sowohl es unferes Gesetzgebung erlaube, damit man eventuell auch einen Druck auf letztere ausüben könne. Unter Anderem verwies er auf die Bestimmungen der Arbeiter, gerichtete auf eine Verkürzung der Arbeitszeit, resp. die Einführung des Normalarbeitstages, welcher schon lange auf dem Wege der Gesetzgebung zu erringen verucht werde. Die sozialistische Arbeiterpartei sei eine Reolutionspartei, allerdings nicht in dem Sinne der Gegner, von denen ein Theil wissentlich, der andere unwillkürlich die Partei verleiende, und deren geistige Waffen die so viel gerühmten und bei mancher Gelegenheit so oft gezeigten Knüttel seien. Die Sozialdemokratie sei die einzige Partei, die sich die bisher erreichten Erfolge in

der Gesetzgebung zuschreiben könne. Die Gegner der Sozialdemokraten sprächen nur von massiven Forderungen der Arbeiter, ohne überhaupt über die Verhältnisse der Arbeiter urtheilen zu können. Ihre ganze Weisheit schöpften sie aus kapitalistischen Zeitungen, welche die Arbeiterzustände natürlich nur in ihrem Interesse zur Anschauung bringen. Mit aller Kraft solle die Gesamtarbeiterschaft für eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, damit die arbeitslosen, auf der Landstraße wandern müßenden Arbeiter ebenfalls Beschäftigung finden, was zur Folge haben würde, daß die niedrigen Löhne etwas steigen, denn diese richten sich nach Angebot und Nachfrage. Man werde stets finden, daß die Arbeitgeber ängstlich bemüht seien, den Arbeitstag auf gleicher Höhe zu erhalten; lieber erhöhten sie den Stundenlohn, als von der Arbeitszeit etwas abzulassen. Redner ging hierauf auf die Frauenarbeit ein und erwähnte, daß man sich wenigstens in der Gesetzgebung hätte bequemen müssen, die Frauenarbeitsverhältnisse zu regeln und theilweise gänzlich zu gestatten. Hier sei es am Platze, die von den Gegnern so gerühmte Festigkeit der Ehe zu wahren. Die Frau gehöre in's Haus, in die Familie, nicht in die Fabrik. Redner erinnerte hierbei an die famose Stimmliche Fabrikordnung, nach der sich ein von ihm beschäftigter Arbeiter erst die Erlaubnis zum Geirathen holen mußte. Debbaste Anerkennung wurde dem Redner für seinen Vortrag gezollt, dem sich eine rege Diskussion angeschlossen.

Eingekandt.

Aus Eberfeld. Die Lage hier am Orte ist eine geradezu verzweifelte zu nennen. Wohl noch hier eine derartige Flaue in allen Gewerben bestanden und sich auch nicht mit sehr rasender Schnelligkeit auf alle Gebiete erstreckt, wie jezt. Wenn auch im vorigen Winter arbeitslose Bauarbeiter genug vorhanden waren, so konnte das auf Konto der Witterung gezeit werden, sobald dieselbe jedoch umschlug, war auch die Situation eine wesentlich andere. Anders dagegen jezt. Ueberall, wo der Maurer, resp. Bauarbeiter (Zimmerer, Staffateur, Bauhaunderwerter usw.) um Arbeit anfragt, erfolgt die Antwort: „Vorläufig nicht“, oder „Es ist noch zu früh, es läuft nichts ein, es treibt sich nicht usw. usw.“ Fast ist man versucht zu glauben, die Krisis, welche augenblicklich über herbeirendenden Wirkungen in den schuldlosen Proletariatsmassen ausbricht, sei mit wahrhaft satanisch berechnender Kaltblütigkeit in's Werk gesetzt, um die „unbotmäßige“, „begehrliche“, „verschmänderische“ Arbeiterschaft für das Verderben, auch als Mensch leben zu wollen, zu züchtigen. Mit jedem Tage steigt die Zahl der arbeitslosen Kollegen, an eine Reduzierung derselben ist nicht zu denken, indem die sogenannten „Sommervögel“ trotz aller Warnungen der hiesigen Kollegen, vielleicht ebenfalls durch die Noth getrieben, mit jedem Tage einströmen, um so den Arbeitsmarkt zu überfüllen und die Löhne zu drücken. Wie verlaunt, gehen unsere Unternehmer mit dem Plane um, eine Lohnereduzierung von 25 S. per Tag vorzunehmen, und bei der wahrhaft unerklärlichen indifferenten Haltung der Gewerkschaften werden wir uns auch eine solche Vergewaltigung gefallen lassen müssen. Die große Mehrzahl der Gewerkschaften steht der Organisation vollständig theilnahmslos gegenüber, ja selbst vieler organisierten Kollegen ist es der Mühe zu viel, eine Versammlung zu besuchen. Man ist eben der Meinung, daß man lung genug sei und genug gethan habe, wenn man zu Hause bleibe, den „Grundstein“ oberflächlich lese und eine Faust in der Tasche mache.

Kollegen Eberfelds! Wacht auf aus Euren Schlofen! Tretet herpor! Ein Jeder von Euch muß zum Agitator werden, denn nur so wird es möglich werden, den drohenden Schlag, welcher uns treffen soll, wenn nicht ganz abzuwehren, so doch bedeutend abzumildern. Tretet in die Reihen der Kämpfer und seid nicht immer diejenigen, die ohne zu murren leiden und auf ein besseres Jenseits sich vertrusten lassen! Weg mit allen persönlichen Reibereien, denn es gilt Front zu machen gegen einen gemeinsamen Feind, der uns Alle bedroht, das Kapital! Frisch auf an's Werk! Frisch auf zum Zentralverband der Maurer Deutschlands usw! Nur vereint können wir dem vereinigt Unternehmertum die Stirne bieten!

Wilhelm Kaiser, Bevollmächtigter des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeoffen für die Bezirksstelle Eberfeld, Ottenbrucherstraße 26.

Aus Hamburg.

An die Bauarbeiter und Berufsgeoffen Deutschlands!

Was schon im vorigen Sommer während der Reichstagsverhandlungen über die Anträge auf völlige Aufhebung der Getreidezölle von Seiten der sozialdemokratischen Abgeordneten gesagt wurde, nämlich, daß eine ungewöhnliche Theuerung und Arbeitslosigkeit im Winter zum Ausbruch kommen würde, ist leider nur zu sehr in Erfüllung gegangen. Wie mancher Kollege hat das letzte Stück nach dem Beihamt bringen müssen, ohne Hoffnung zu haben, baldigt Arbeitsgelegenheit zu bekommen.

Wenn man sonst die Wintermonate feiern mußte, so hatte man Hoffnung, sobald die Witterung milde wurde, in Arbeit treten zu können. Aber auch dieser Hoffnung können sich Tausende unserer Kollegen nicht mehr hingeben, weil die Bauhaunderwerter, wie überhaupt alle Geschäfte, so tief darniederliegen, daß für diese Tausende jegliche Arbeitsgelegenheit mangelt. Trotzdem versuchen verschiedene Arbeitgeber, sich die Noth der Arbeiter, das Gassen verbleiben nach Arbeit, zu Nuzze zu machen, indem sie den Lohn kürzen, die Arbeitszeit verlängern wollen, und auch, wie es in Weimar geschehen ist, verlangen, daß die Arbeiter aus dem Verband treten sollen! Sie sind gewissenlos genug gewesen, die Arbeiter auf's Straßenpflaster zu werfen, als diese sich weigerten, auf das saamlose Verlangen einzugehen, das ihnen gesetzlich zustehende Recht zu opfern.

Organisirte Kollegen! Wir appelliren an Euch, fest zum Verband zu halten. Jeder muß versuchen, dem Verbande neue Mitglieder zuzuführen!

Aber auch alle die Kollegen, welche dem Verbande aus Meinungsverschiedenheiten gegenüberstehen, ebenfalls diejenigen, welche aus irgend welchen Vorurtheilen Zweigvereine gegründet haben, und deren Bestrebungen nicht zum allgemeinen Wohle dienlich sind, werden hiermit aufgefordert, sich dem Ganzen anzuschließen. Stets sieht man und wird man sehen, daß die Arbeitgeber aller Verufe sich eintig find, wenn es sich um Bekämpfung der Arbeiterbestrebungen handelt.

Auch wir müssen hieraus die Lehre ziehen, daß wir uns nicht nur bestreben sollen, Einigkeit mit dem Stimmzettel in der Hand zu erstreben, nein, auch in gewerkschaftlicher Beziehung muß dieses geschehen. Daß unser Verband das noch lange nicht ist, was wir wünschen, das zeigen wohl genügend die Abrechnungen; wir müssen aber auch, das unferer Organisation bedeutend schwieriger aufrecht zu erhalten ist, als irgend eine Organisation von gelehrten Arbeitern, weil unferer Reihen bei einer derartigen Krise, wie wir sie jezt haben, aus Arbeitslosen sämtlicher Kategorien verstrakt werden. Deshalb fordern wir hiermit sämtliche organisierte Bauhaunderwerter, speziell M a u r e r und Z i m m e r e r, auf, für uns mit einzutreten, indem dieselben bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihre Hilfsarbeiter fragen, ob sie dem Verbande der Bauarbeiter und Berufsgeoffen mit angehören, und ebenso umgekehrt. Ein derartiges Vorgehen ist Pflicht eines jeden Arbeiters, welcher die zu erstrebenden Ziele erkannt hat, und würde derartig agirt werden, so würden, ohne optimistisch zu sein, andere, bessere Resultate erzielt werden. Niemand darf verkennen, daß wir bei der jetzigen kapitalistischen Produktionsweise, zumal dieselbe mit der größten Rähigkeit von oben herab aufrecht zu erhalten verucht wird, Einer für Alle und Alle für Einen einzutreten haben, um nachhaltig für Verbesserung der Arbeiterverhältnisse wirken zu können. **H. A. D. Wein, Meßberg 14, Haus 2.**

Berichts-Chronik.

Aufforderung zum Kontraktbruch. Ein Vergmann war bestrakt worden, weil er Ramecaden seiner Belegschaft aufgelordert hatte, im Streik zu verharren. Das Reichsgericht sprach den Angeklagten frei und legte die entfallenden Kosten der Staatskasse zur Last. In der Urtheil heißt es:

„Wie die Urtheile des Reichsgerichts vom 3. Dezember 1884, 28. November 3. Dezember 1889 und 2. Februar 1891 übereinstimmend ausführen, wird der Begriff des „Ungehorsams gegen Gezehe“ im Sinne des § 110 des Strafgesetzbuchs nicht schon durch jedes konträre gesetzwidrige Verhalten, sondern erst dann erfüllt, wenn die Art des Handelns oder die Umstände, unter denen es erfolgt, ergeben, daß das Gezehe schlechthin und überhaupt, seine Autorität und bindende Kraft mißachtet und verneint wird. Es jezt also der „Ungehorsam“ eine durch Handeln bestrakte Mißachtung des Gezehes voraus, aber nicht umgekehrt ist jede konträre, gegen das Gezehe verstoßende Handlung ein Ungehorsam im Sinne des § 110, d. h. eine äußerlich bestrakte Weigerung, die Autorität des Gezehes überhaupt anzuerkennen.“

Gelt man von dieser Auffassung aus, so erweist sich die Beurtheilung des Angeklagten unbillig. Denn nach den Feststellungen des Vorderrichters hat der Angeklagte nur die Belegschaft der Zeche B. M., also eine Anzahl bestimmter Personen, zu einem Festhalten an dem bereits erfolgten Ausstände, also zu einer konträren, eng begrenzten Nichterfüllung bestimmter privatrechtlicher Verpflichtungen einem einzelnen Arbeitgeber gegenüber aufgefordert. Der ganze Zusammenhang der Urtheilsgründe ergibt, daß im vorliegenden Falle von einer Aufforderung zu einer thätlichen Aufsehung gegen das Gezehe als solches, zu einem „Ungehorsam gegen die Gezehe“, in dem oben entwickelten Sinne nicht die Rede sein kann.

Was hiernach schon unter Aufhebung des angefochtenen Urtheils auf Freisprechung zu erkennen, so bedarf es nicht des Eingehens auf die Frage, ob der Begriff des „Ungehorsams gegen Gezehe“ überhaupt Anwendung finden kann, wenn es sich bloß um ein Verharren bei einem unter Kontraktbruch bereits erfolgten Ausstände handelt.“

Bauherrn“ unter sich. Von einer brutalen Rohheit und Verwilderung unter einer gewissen Sorte Bauunternehmer in Berlin (in Hamburg nennt man sie Bauhaunderwerter), welche hauptsächlich in letzter Zeit im Norden ihr Unwesen treiben und den soliden Handwertern, wie auch den Arbeitern zu einer wahren Plage geworden sind, zeugte eine Prügelei am Nachmittage des letzten September auf einem Neubau in der Puffenstraße, die eine Anklage wegen schwerer Körperverletzung gegen den Bauunternehmer August Wich (den Kollegen im Norden Berlins nicht ganz unbekannt), den Arbeitermeister Fr. Oskar Forstz und den Tischlermeister Fried. Herrn. Gante zur Folge hatte und sinstig vor dem Berliner-Schöffengericht zur Verhandlung kam. Der Neubau gehört einem gewissen Röbter, während bei dem Anklageverfall nur der Bauwächter Schmiel und der Grundstücksverläufer und als Hypothekengläubiger an dem Wohle des Hauses interessirte Kaufmann Bergemann in Frage kommen. Der Angeklagte Wich, welcher behauptet, für gelieferte Bauarbeiten eine Forderung von M. 6000 zu haben, scheint über die Zahlungsmoralität ungelassen zu geworden zu sein und greift zur Selbsthilfe, indem er am 28. Dezember auf dem Bau entschlossen sein Rühzeug und die von ihm gelieferten Röhren aus dem Neubau fortgeschafft. Schon bei dieser Gelegenheit kam es zu einem heftigen Austritt zwischen ihm und dem auf dem Bau anwesenden Bergemann,

wobei der letztere einen Revolver aus der Tasche zog und dem Mieg gegenüber entgegenhielt. Drei Tage später, am Samstag, lag Mieg in einem Restaurant gegenüber der Baustelle, als die beiden anderen Angeklagten daselbst erschienen und ihn mittheilten, daß „der Jude“ Joeben den Neubau betreten habe. Herr Bergemann war nämlich mit dem Baumeister Malgowski auf dem Bau erschienen, um durch das Lösereisen der Möhren zugefügt worden. Bald darauf erschien Mieg mit einer böhmischen Bemerkung auf dem Neubau, der Wächter Schmiedel vertrat ihm den Weg, es kam zum Ringen und Mieg sog die Treppe hinunter. Er raffte sich bald wieder auf, lockte durch seinen Hüftzug die beiden anderen Angeklagten und eine ganze Anzahl von Personen herbei, und nun begann eine regelrechte Schlächt. Bergemann zog zuerst einen Stockriegel, belann sich jedoch eines Besseren und hieb zur Abwehr mit dem Kopfe des Stodes, wobei er dem Hantle in's Gesicht traf. Die Gegner führten die Treppe hinauf, schlugen mit Planen und Stöcken auf Bergemann und Schmiedel ein und in den inneren Rängen fielen die Schläge heftigst. In der letzten Noth zog Schmiedel einen Revolver, dieser verlagte aber und nun zog Bergemann seinen Revolver hervor und feuerte zwei Schüsse in die Luft. Die Kugeln machten die Gegner einigermaßen flüchtig und diesen Augenblick benutzte Bergemann, um in ruhigen Sätzen von Treppe zu Treppe und schließlich durch ein Fenster auf die Straße zu gelangen. Infolge des Schießens hatte sich hier eine gewaltige Menschenmenge angesammelt und der Kampf setzte sich noch auf der Straße fort, bis die Polizei einschritt. Auf beiden Seiten hatte es blutige Köpfe, zerhandene Gesichter und blaue Flecke am ganzen Körper gegeben und vor Gericht tritten sich die Parteien herum, wer sich im Angriff und wer in der Nothwehr befunden. Der Staatsanwalt hielt die Angeklagten für die Schuldigen und beantragte gegen Mieg und Hantle je vier Monate, gegen Bergemann zwei Monate Gefängnis. Die Rechtsanwälte Eohmann und Lattmann führten dagegen dem Gerichtshof vor, in welcher wenig beneidenswerthen Lage sich oft die Bauhandwerker befinden, wenn sie auf ihr ehrlich verdientes Geld warten und waren der Meinung, daß auch bei diesem unglücklichen Bilde aus der Berliner Baugeschichte den Angeklagten viele Milderungsgründe zur Seite stehen. Der Gerichtshof verlagte ihnen solche auch nicht und verurtheilte Mieg nur zu drei Wochen, Hantle zu zwei Wochen Gefängnis, während er den Angeklagten Potarg gänzlich freisprach.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. D. W. Dieck Verlag) ist Joeben das 25. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: In Saden der selbstigen Majestät. — Leopold Jacoby's „Deutsche Lieber aus Italien.“ Von Robert Schwedl. — Die Erstziehung der Geiseln. Ein Beitrag zur Geschichte der Pariser Kommune. II. Von K o l l e p n e r. — Landarbeiterloos. Aus der Provinz Sachsen. — Notizen. — Feuilleton: Die Vesting-Legende. Eine Rettung von Franz Mehring. (Fortsetzung.)

Briefkasten.

Warin, J. Senden Sie den Betrag in Briefmarken ein.
 Nordenham, P. Ihr Bericht traf für diese Nummer zu spät ein.
 Neuhadt, C. Schl., Sch.; Nordenham, W. Ihre Einwendungen mühten wegen Platzmangel zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Druckfehler-Berichtigung.

In dem Artikel in der Nr. 12 unseres Blattes ist ein fälschlicher Druckfehler gesehen worden; es muß auf der ersten Seite, Spalte 2 in der siebenten Zeile von unten statt „finale“ heißen „frivole“.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen.

Ein Hamburg.

Beantwortung.

Nach § 6 des Statuts wird die Reiseunterstützung nur von November bis einschließl. März gewährt. Die Reisekostenverwaltungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Termin innegehalten und über den 31. März hinaus keine Reiseunterstützung gewährt wird.
 Wo die Kassierer der Bezirksstellen nicht selbst die Reiseunterstützung auszusprechen, ist das Material von den Auszahlern an die Verwaltung zurückzugeben. Die Listen über ausgegebene Reiseunterstützung sind mit der Abrechnung bis zum 15. April einzusenden. Da im Laufe der Woche die Abrechnungsformulare und Adressenverzeichnisse an die Bevollmächtigten sämtlicher Bezirksstellen abgehandelt sind, so werden die Kassierer in der Lage sein, die Abrechnung rechtzeitig an die Hauptkasse einzusenden zu können. Sämtliche Verwaltungsmitglieder wollen dafür Sorge tragen.

Der Vorstand, J. A. A. Dammann, Vorsitzender.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen.

Ein Hamburg.

In der Zeit vom 16. bis 22. März sind folgende Beträge für die Hauptkasse eingegangen:
 Von der britischen Verwaltung in:
 Begeleit 12,52, Westfalen 15, Cadereleben 8,8, Waren I. M. 6,80, Summa M. 42,76.
 F. Wilbrandt, Hauptkassierer.
 Hamburg, Goldvereinsniederlage, Wilhelmstr. 19, I.

Quittung.
 Für den Generalfonds der Maurer Deutschlands sind folgende Beträge eingegangen:
 Aus Leipzig M. 150,—
 Dolzmitiden 60,—
 Flensburg 50,—
 A. Dammann,
 Generalbevollmächtigter der Maurer Deutschlands.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhaier, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands, Grundstein zur Einigkeit!
 (Eingeschriebene Hilfskassa Nr. 7. St. Altona.)
 In der Woche vom 18. bis 19. März sind folgende Beträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Altona M. 100, Frankfurt 50, Summa M. 150
 Rückfälle erhielten: die britische Verwaltung in Mannheim M. 150, Lutter a. Wg. 100, Verford 50, Danzig 200, Benschheim 100, Franzenstein 200, Altona 150, Hainstadt 90, Crefeld 50, Köln a. Rh. 150, Charlottenburg 300, Altona 200, Dresden 200, Eppelheim 150, Bremen 100, Zinnenhauken 100, Berlin 600, Minden i. Westf. 100, Schwedt a. Oder 100, Hohenleien 60, Groß-Bockern 50, Arnstadt 25, Hagen i. Westf. 30, Kiel 150, Groß-Weßheim 50, Summa M. 3455.
 Altona, den 19. März 1892.
 C. Reich, Hauptkassierer.
 Friedrichsbergstr. Nr. 28.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen.
 Zahlstelle Lauenburg.
Mitglieder-Verammlung
 am Sonntag, den 27. März, Nachm. 3 Uhr, im Vereinslokal.
 (M. 1,35) Der Bevollmächtigte.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen.
 Zahlstelle Neumünster.
Das Versammlungslokal
 der hiesigen Zahlstelle ist von jetzt ab bei Herrn Nagel im „Elysiun“
 (M. 1,50) Die Zahlstellen-Verwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen.
 Zahlstelle Wissemburg.
 Nach Beschluß der letzten Versammlung werden die Mitglieder obiger Zahlstelle ersucht, ihre Adressen vor dem 1. April d. J. zwecks Zufindung des „Grundstein“ dem Kassierer W. Linde, Am Kleinen Kanal 203, zu übersenden. Bei der Unterlassung erfolgt die Zufindung des „Grundstein“ nicht.
 J. A. W. Linde, Kassierer.
 (M. 1,65)

Achtung!

Meine Wohnung ist vom 1. April ab
Bürgerweg 39b, Bielefeld.
 F. Kappe,
 Bevollmächt. d. Zentr. Verb. d. Maurer Deutschlands u. verw. Berufsge.



Solidarität!

Arbeiter! — Nur Hülfe, welche nebenstehende Marke unter dem Schweißbleibler tragen, bieten Garantie, daß den Verfertiger gerechter Lohn zürde!
 Kauf nur Hülfe mit dieser Marke!

Abonnements-Quittung.

Für das dritte Quartal 1891:
 Grabow i. M. S. M. 6,80.
 Für das vierte Quartal 1891:
 Juidau i. S. M. 28,—; Bant, E. 7,70; Weissenfer, D. 3,50; Grabow i. M. 6,80.
 Für das erste Quartal 1892:
 Crisbig, L. M. 9,—; Lashfeld, F. 4,80; Schweinitz a. Elster 4,80; Altona, R. 60,— (f. Rate); Hannover, J. 1,40; Wandabed, B. 2,80.
 Joh. Stanning.

Versammlungs-Anzeiger

für die Mitglieder
 des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgeossen.
 Altona. Dienstag, den 29. März, Abends 8 Uhr, in Koppelman's Salon, Gr. Rosenstr. 95.
 Bielefeld. Sonntag, den 27. März, Morgens 10 Uhr, bei Herrn Wissemburg, Bürgerweg 14.
 Boitzenburg. Sonntag, den 8. April, beim Gastwirth G. Haupt.
 Bremen. Mittwoch, den 30. März, Abends 8 1/2 Uhr, in der „Vereinshalle“, Döhrenstr. 1.

Burgshude. Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, im „Deutschen Hause“.
 Cöln a. Rh. Jeden Sonntag, Morgens 11 Uhr, bei Wwe. Kemmer, N. Griedenstr. 69.
 Cöslitz. Sonntag, den 27. März, im Restaurant „Zum Weinberg“.
 Cöslitz (Althalt). Sonnabend, den 26. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Krimling, Gasthof „Zum goldenen Schiff“.
 Dessau. Sonntag, den 27. März, in Kraufers Gasthof, Leipzigerstraße.
 Dortmund. Samstag, den 26. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Zimmermann, Lüttingerstraße 5.
 Düsseldorf. Sonntag, den 8. April, Morgens 11 Uhr, bei Wwe. Matheisen, Kalrenstr. 65.
 Duisburg. Sonntag, den 3. April, Morgens 11 Uhr, bei Herrn Bresser, „Drei Kronen“, Knappemarkt 2.
 Ekersförde. Sonnabend, den 26. März, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal (Maurerherberge).
 Elberfeld. Sonntag, den 3. April, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Gerbrach, Weichstr. 14.
 Erfurt. Jeden Freitag, Abends 8 Uhr, bei Herrn Schramm, Gottfriedstraße 44.
 Essen a. d. Ruhr. Sonntag, den 27. März, bei Wwe. Kraß, Cieselerhof.
 Götting. Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Straß, Am Markt, Maurerherberge.
 Friedland i. M. Sonnabend, den 26. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Albrecht, Kallestraße.
 Gesehmiinde. Dienstag, den 29. März, Abends 8 Uhr, bei Herrn Bachmann, Friedrichstraße.
 Gesehmiinden. Sonntag, den 27. März, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Herchenbach, Berenstraße 11.
 Grevesmühlde. Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Hoffmeister, Blamarsche Straße 100.
 Güttrou. Sonntag, den 3. April.
 Hamburg. Jeden Donnerstag, Abends 8 1/2 Uhr, in „Zülig's Etablissement“, Valentinskamp 41.
 Hannover. Dienstag, den 30. März, Abends 8 Uhr, im „Ballhof“.
 Herford. Sonnabend, den 2. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wwe. Oberhaus, Krennestraße.
 Hildesheim. Sonntag, den 3. April.
 Laage. Sonntag, den 27. März.
 Lauenburg (Elbe). Sonntag, den 27. März, Nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal.
 Liegnitz. Sonnabend, den 26. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof „Zu den drei Bergen“, Sahnauerstraße 7.
 Lüneburg. Mittwoch, den 30. März, bei Herrn Peter Meier.
 Mainz. Sonntag, den 3. April, im Lokale „Weißes Köhchen“, Hauptgasse.
 Minden i. W. Jeden Samstag, Abends 6 Uhr, bei Herrn Wischmeier, Ritterstr. 18.
 Mülheim a. d. Ruhr. Samstag, den 2. April, Abends 8 Uhr, bei Herrn Heberhoff.
 Neubrandow. Sonntag, den 27. März, Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Bode.
 Nienstedten. Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Schuepel.
 Nordenham. Sonntag, den 27. März, Nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Herrn Witting.
 Nordhausen. Sonnabend, den 26. März.
 Rosentierhütte. Sonntag, den 3. April.
 Nürnberg. Samstag, den 9. April, Abends 8 Uhr, in der Bauerschen Wirtschaft.
 Oberhausen-Strum. Sonntag, den 3. April, Abends 6 Uhr, bei Herrn E. König in Alstaden.
 Offenbach. Jeden Dienstag, Abends 8 1/2 Uhr, in der Restauration P. Effenmenger, Herrenstraße 46.
 Pforzheim. Jeden Sonntag, von 10 bis 11 Uhr im Lokale „Zur Eintracht“, Reichsstraße 12.
 Pflanzberg. Sonntag, den 3. April, bei Herrn Schlicht, Nachmittags 4 Uhr.
 Posen. Sonntag, den 3. April, Mittags 12 Uhr, bei Herrn Krüger, Bernerstr. 18.
 Preetz. Sonntag, den 3. April, Abends 7 Uhr, bei Herrn Duesching, Wadenborferstraße 422.
 Quedlinburg. Sonntag, den 3. April, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Goldenen Anker“.
 Rendsburg. Sonnabend, den 2. April, bei Herrn Nebel, Herenstraße 11.
 Rudolstadt. Sonnabend, den 26. März, Abends 8 Uhr.
 Schleswig. Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, in der Maurerherberge, Domplatzhof.
 Schwaan. Sonntag, den 3. April.
 Schwedt a. O. Sonntag, den 27. März, Sonntags 10 Uhr, beim Kollegen Lih.
 Stendal. Sonntag, den 3. April, Nachmittags 10.
 Stuttgart. Sonntag, den 27. März, Morgens 10 Uhr, in der „Glocke“, Beinhardsplatz.
 Tempelhof. Sonntag, den 3. April, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn E. Hilgert, Mariendorf, Ackerstraße 1.
 Thorm. Sonntag, den 3. April, Nachmittags 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
 Trier. Freitag, den 1. April, bei Herrn R. Marx, Simonstraße 18.
 Uetersen. Sonnabend, den 2. April, bei Herrn Tapp.
 Verden. Sonntag, den 27. März, Abends 7 Uhr, im Vereinslokal.
 Waren. Sonntag, den 3. April, bei Herrn Helmüller.
 Warin. Sonntag, den 3. April, Nachmittags 5 Uhr, bei Herrn Marly.
 Wevel. Sonntag, den 27. März, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Strümmier.
 Warentin. Sonntag, den 27. März, Nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Herrn Gastwirth Ehlers.